

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.9 - 65. Jahrgang

25. April 2015



Mit einer Kranzniederlegung haben die AG 60plus und die Berliner SPD am vergangenen Wochenende in der Gedenkstätte Ravensbrück an die Befreiung vor 70 Jahren erinnert. Im ehemaligen Frauen-KZ waren mehr als 25.000 Menschen ums Leben gekommen. Die AG 60plus unterstützt seit mehreren Jahren überlebende Zwangsarbeiterinnen von der Krim (s. S. 7). Foto: Martin Magdziak

Stolperstein-Aktion

In ganz Berlin putzen Mitglieder der Berliner SPD am Wochenende um den 8. Mai die in den Boden eingelassenen Stolpersteine. Mit der Aktion wird an die Opfer der Nazi-Diktatur erinnert.

8. Mai: AG 60plus erinnert an Befreiung

Mit einem Aktionstag am 8. Mai erinnert die Arbeitsgemeinschaft „60 plus“ der Berliner SPD zum 70. Jahrestag an Kriegsende und Befreiung vom Nazi-Terror.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der AG 60plus Werner Kleist stehen in Talk-Runden die neugewählte Neuköllner Bezirksbürgermeisterin Franziska Giffey, der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß, der Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu, Baustadtrat Thomas Blesing, der neue Bildungstadtrat Jan-Christopher Rämmer sowie zahlreiche Neuköllner Abgeordnete Rede und Antwort. Für Musik sorgt die Berliner Band „Di Grine Kuzine“.

➔ Freitag, 8. Mai 2015 · 14.00 bis 17.00 Uhr, Alfred-Scholz-Platz in Neukölln, - Karl-Marx-Straße Ecke Ganghoferstraße

1. Mai:

„Arbeit der Zukunft gestalten“

Berliner SPD ruft zur Mai-Demonstration des DGB auf

Die Berliner SPD ruft zur Teilnahme an der Mai-Demonstration des DGB auf. Im 125. Jahr steht sie unter dem Motto „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“.

In ihrem Aufruf erinnert die Berliner SPD an die Durchsetzung des Mindestlohns, der seit Jahresbeginn gelte und eine Gerechtigkeitslücke schließe: „Die Einführung des Mindestlohns und damit das Ende von Lohndumping ist die größte Arbeitsmarktreform in der Geschichte Deutschlands. Lange haben Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien dafür gekämpft.“ Mit der SPD in der Regierung sei er durchgesetzt worden. Schlupflöcher sollen nicht zugelassen werden: Wie die Gewerkschaften hält auch die SPD Kontrollen für notwendig.

Die Tariflöhne steigen wieder – und auch die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter. Mit seinem Motto „Die Zukunft der Arbeit gestalten wir“ antwortet der DGB auf die Herausforderungen des Strukturwandels in der Wirtschaft. So sieht der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, Haupt-



Die Mai-Demonstration des DGB führt wie im vergangenen Jahr vom Hackeschen Markt zum Brandenburger Tor. Foto: Horb

redner auf der diesjährigen Mai-Kundgebung in Berlin, in der zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaft Chancen, aber auch Risiken, die es gemeinsam zu bewältigen gelte.

Die Berliner SPD-Mitglieder treffen sich am 1. Mai um 9:30 Uhr an der Spandauer Straße Ecke Anna-Louisa-Karsch-Straße am Hackeschen Markt.

Alle Termine zum 1. Mai auf Seite 15

„Ziel ist die offene Gesellschaft“

SPD diskutierte die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft

Wirtschaft und Gesellschaft stehen in den kommenden Jahren vor erheblichen Umbrüchen. Das wurde auf einer Wirtschaftskonferenz der SPD im Willy-Brandt-Haus am vergangenen Wochenende deutlich.

Altersbedingt scheiden mehr Arbeitskräfte aus den Betrieben aus, gleichzeitig verändern die Digitalisierung und die Internationalisierung den Arbeitsalltag.

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel nannte als einen wesentlichen Zukunftsimpuls die offene Gesellschaft. Sie komme „ohne Bildungsprivilegien und vererbte Zukunftschancen, ohne Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Alter oder Geschlecht und ohne Vorurteile gegen Ein-

wanderer“ aus. Zugleich müsse die Gesellschaft offener für technologische Innovationen werden, betonte Gabriel. „Die Ge-

IN DIESER AUSGABE:

GESPRÄCHE IN DEN METROPOLLEN	S. 3
FALKEN-WIEDERSEHEN AM ZELTPLATZ	S. 6
THEATERDONNER IN BERLIN	S. 7
TRAUER UM GÜNTER GRASS	S. 16

sellschaft zu öffnen heißt: Wir werden Chancengleichheit, Gerechtigkeit und internationale Verständigung suchen“, sagte er. Das Modernisierungsprojekt sei in seinen Dimensionen „gewaltig“. Die Konferenzen unter internationaler Beteiligung werden in Paris und Rom fortgesetzt. **BS** □

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

Zentralen Gedenktag schaffen

Völkermord an Sinti und Roma: Europa in der Verantwortung

Sinti und Roma bilden mit circa 10 bis 12 Millionen Menschen die größte ethnische Minderheit in der Europäischen Union. Würden alle Sinti und Roma in einem eigenen Staat zusammenleben, so wäre das Land größer als Belgien, Finnland oder Schweden. Und dennoch finden sie und ihre Probleme oft nur wenig Gehör, sind sie doch täglich mit Antiziganismus in Form von Diskriminierung, Ablehnung und nicht selten Gewalt konfrontiert.

Seit dem 12. Jahrhundert leben Roma auf dem europäischen Kontinent. Trotzdem werden sie nach wie vor von vielen als Fremde angesehen und von der Gesellschaft ausgegrenzt. Über Jahrhunderte sahen sich Roma immer wieder extremer Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt. Der Völkermord an mindestens 500.000 Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkriegs stellt den negativen Höhepunkt dar. Der Genozid an den Roma, der in der Sprache der Roma als Porajmos (deutsch: das Verschlingen) bezeichnet wird, hatte tiefgreifende Folgen: In einigen Ländern kamen mehr als 80 Prozent der dortigen Roma ums Leben.

Dieses Verbrechen an den Sinti und Roma muss stärker ins Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit gelangen, denn der Völkermord an dieser Bevölkerungsgruppe ist ein Teil unserer gesamteuropäischen Geschichte. Wir SozialdemokratInnen im Europäischen Parlament haben uns daher dafür eingesetzt, dass endlich ein zentraler Gedenktag für die Porajmos-Opfer geschaffen wird, wie es ihn bei unseren polnischen Nachbarn bereits gibt. Auf der letzten Plenartagung hat das Parlament eine Resolution verabschiedet, die diesem Anliegen Ausdruck verleiht. Sie fordert, dass ein europäischer Tag dem Gedenken an die Opfer des Völkermords an den Roma im Zweiten Weltkrieg gewidmet werden soll, und diesen Tag zum „europäischen Holocaust-Gedenktag für die Roma“ zu erklären.

Diese Parlamentsentscheidung setzt Zeichen, denn die Situation der Sinti und Roma in der EU ist auch heutzutage von schwerwiegenden Diskriminierungen gekennzeichnet. Die Zunahme von Antiziganismus, die vielerorts in der Europäischen Union beobachtet werden kann, darf nicht hingenommen werden. Romafeindlichkeit ist die Grundursache für die massive Ausgrenzung der Roma und ein Hindernis für den notwendigen politischen Willen, um echte Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda für die Integration der Roma zu er-



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europa-abgeordnete. Foto: Europäisches Parlament

reichen. Die alltägliche Situation der Roma in Europa ist schwierig und umfasst Probleme beispielsweise in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Armutsbekämpfung und Wohnungsbau. Dreh- und Angelpunkt für Teilhabe und die Chance, die eigene Zukunft zu gestalten, ist die Bildung.

Die Europäische Agentur für Grundrechte (EFA) gibt an, dass nur 15 Prozent der Roma die Sekundarstufe II abschließen. Diese Zahl bezieht sich jedoch nur auf die Kinder, die auch die Schule besuchen. Wir SozialdemokratInnen fordern: Roma müssen gezielt gefördert und in das Schulsystem integriert werden. Dazu bedarf es auch der Sensibilisierung von Lehrenden, Bildungseinrichtungen und Ausbildungsbetrieben. Die EU-Mitgliedstaaten müssen gezielte Maßnahmen ergreifen, etwa durch Bildungsprogramme oder Stipendien, um Diskriminierung in der Schule, im Studium oder auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen.

Wir fordern, dass sowohl die Umsetzung solcher Maßnahmen, aber auch die Wahrung der Grundrechte der Roma in den EU-Mitgliedstaaten stärker von der Europäischen Kommission überprüft wird. Die europäische Gesellschaft steht hier in der Verantwortung. **Sylvia-Yvonne Kaufmann** □

Europaquiz im Internet

Am 2. Mai startet auf der Internetseite der Berliner SPD wieder das Europaquiz. Wer 12 Fragen zu Europa richtig beantwortet, hat die Chance, an der Verlosung einer Reise und mehrerer Bücher teilzunehmen.

Das Europaquiz ist eine Aktion des Fachausschusses Europa der Berliner SPD im Rahmen der bundesweiten Europawoche, die seit vielen Jahren in den Tagen um den 9. Mai herum stattfindet.

➡ Das Quiz im Internet: www.spd.berlin/europaquiz

Neukölln:

Franziska Giffey ist neue Bürgermeisterin

Die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln hat am 15. April Dr. Franziska Giffey (SPD) mit großer Mehrheit zur Nachfolgerin von Heinz Buschkowsky als Bezirksbürgermeisterin gewählt.

Erstmalig in der Geschichte des Bezirks Neukölln steht damit eine Frau an der Spitze des Bezirksamtes. Die 36-Jährige ist zugleich die derzeit jüngste Bezirksbürgermeisterin in Berlin. „Bildung und Integration werden weiter zentrale Themen meiner Arbeit sein“, erklärte die bisherige Volksbildungsstadträtin. „Mein Anspruch bleibt, Problemlagen offen anzusprechen, innovative Lösungen zu erarbeiten und entschlossen im Interesse der Neuköllnerinnen und Neuköllner zu handeln. Als Bezirksbürgermeisterin werde ich aber auch die Potenziale und Stärken unseres Bezirks ins Blickfeld rücken, zum Beispiel als Industrie-, Wirtschafts- und Kongressstandort. Mein Ziel ist, dass wir weg kommen vom Image des reinen Problembezirks und Neukölln zum Innovationsbezirk entwickeln.“

Außerdem hat die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln mit großer Mehrheit Jan-Christopher Rämmer (34, SPD) zum Nachfolger von Dr. Franziska Giffey als Bezirksstadtrat für Bildung, Schule, Kultur und Sport gewählt. Er ist damit der jüngste Bezirksstadtrat in Berlin. Jan-Christopher Rämmer: „Mein Ziel ist es, noch mehr Kindern Chancen und Perspektiven zu geben.“ Er setze auf mehr ganztägige Betreuung und Beschulung und die konsequente Durchsetzung der Schulpflicht. **BS** □

POLITIK PERSÖNLICH

Rolf Wiegand, Vertreter der AfA im Landesvorstand der Berliner SPD, ist einstimmig zum ehrenamtlichen Vorsitzenden des ver.di Bundesfachbereichs Ver- und Entlohnung gewählt worden. **BS** □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Metropolen:

Voneinander lernen

Stöß und Stegner zu Gesprächen in Wien, Budapest und Prag

„Es ist beeindruckend, was Wien vor allem beim geförderten Wohnungsbau leistet“, so der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. Gemeinsam mit dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Ralf Stegner hatte sich Stöß, Metropolenbeauftragter der Bundes-SPD, in Wien, Budapest und Prag über die Problemlagen der Städte und die politische Entwicklung informiert.

Österreichs Hauptstadt Wien wächst bei derzeit 1,8 Millionen EinwohnerInnen jedes Jahr um 20.000 Menschen, Berlin mit rund 3,45 Millionen EinwohnerInnen meldet einen jährlichen Zuzug von 40.000 Personen. Beide Städte müssen für ausreichend Wohnungsbau sorgen und tauschen sich über ihre Erfahrungen regelmäßig aus.

So nahm Wiens Baustadtrat Michael Ludwig in der vergangenen Woche an einem städtebaulichen Forum in Berlin teil, um tags darauf in Wien den Berliner SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß und den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Ralf Stegner zu treffen.

Wien kann auf eine fast einhundertjährige Tradition im kommunalen Wohnungsbau zurückschauen. In den 420.000 geförderten Wohnungen in Wien leben rund 60 Prozent der Mieterinnen und Mieter sicher und günstig, 220.000 Wohnungen sind Gemeindewohnungen im Eigentum der Stadt. In diesem Jahr werden in Wien rund 7000 neue Wohnungen fertig gestellt.

„Auch wenn die Rahmenbedingungen sich teilweise stark unterscheiden: Vom Erfahrungsaustausch mit Wien können wir immer wieder viele interessante Anregungen vor allem für die Wohnungspolitik, dem ÖPNV oder die öffentliche Daseinsvorsorge mitnehmen“, so Jan Stöß. „Deshalb wollen wir in diesem Jahr den Austausch zwischen der SPÖ Wien und der SPD Berlin intensivieren“, kündigte der SPD-Landesvorsitzende an. In Wien trafen sich Stegner und Stöß u.a. mit dem Bundespräsidenten Heinz Fischer, dem Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer, dem Wiener Bürgermeister Michael Häupl und dem ÖGB-Vorsitzenden Erich Foglar.

Während es bei den Gesprächen in der österreichischen Hauptstadt vor allem um Wohnungsbau und öffentliche Daseinsvorsorge ging, standen in Budapest die Themen Meinungsfreiheit und Armut im Zentrum, in Prag vor allem die Lage der Sozialdemokratie in der tschechischen Regierung.

In Budapest trafen sich Stegner und Stöß zu politischen Diskussionen mit Kommu-



Besichtigung im Wiener Neubauviertel „aspenn Seestadt“. Der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß, Metropolenbeauftragter der Bundes-SPD, mit Wiens Baustadtrat Michael Ludwig und dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Ralf Stegner.

Foto: PID Wien/Gökmen

nalpolitikern, unabhängigen Journalistinnen, der Redaktion der wichtigsten Oppositionszeitung „Népszava“ und jungen Gewerkschaftern. Außerdem fand ein Gespräch mit József Tóbiás, dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei MSZP, statt.

Die politische Situation in Ungarn wurde als beklemmend empfunden. Die Regierung von Ministerpräsident Orbán schränkt die Möglichkeiten der Opposition immer stärker ein. Gleichzeitig sind die politische Linke und die Gewerkschaften sehr schwach. Die Armutsquote ist eine der höchsten in Europa – nur in Griechenland wächst die Armut noch stärker.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Tschechien ist im Vergleich zu Ungarn wesentlich besser. Nach der letzten Parlamentswahl konnte die Sozialdemokratie in Tschechien wieder den Ministerpräsidenten stellen. Den Auftakt des Programms in Prag stellte der bewegende Besuch der Deutschen Botschaft mit dem berühmten Balkon dar.

Bei den sich anschließenden Gesprächen u.a. mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Vladimír Špidla, dem Minister für Menschenrechte Jiri Dienstbier, der Arbeitsministerin Michaela Marksová und jungen AkteurInnen ging es vor allem um die Gleichstellung der Geschlechter, die Entwicklung Europas und der sozialdemokratischen Parteien und den Wunsch der tschechischen Seite nach einer engeren Zusammenarbeit mit der deutschen Sozialdemokratie. **BS** □

➡ Ein ausführlicher Bericht über die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in Wien, Prag und Budapest folgt in der kommenden Ausgabe.

Mitte:

Was bringen die Privatschulen?

Die Zahl der Privatschulen in Berlin ist gestiegen. Über die Hintergründe und Folgen dieser Entwicklung diskutieren die Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD Mitte und die örtlichen Abteilungen am 6. Mai.

Gesprächspartner sind Monika Buttgeit (Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD Berlin), Andreas Wegener (Vorstandsvorsitzender des Landesverbands Deutscher Privatschulen Berlin/Brandenburg) und Fiona Brunk, Geschäftsführerin Quinoa Schule. □

➡ 6. Mai, 19:00 Uhr im Relais de Savanne (Prinzenallee 33, 13359 Berlin, hinterer Raum).

Friedrichsfelde:

Rundgang über den Friedhof der Sozialisten

Zu einem politisch-kulturhistorischen Friedhofsrundgang auf der Gedenkstätte der Sozialisten in Lichtenberg laden die Kulturforen von Panikow und Berlin am heutigen Sonnabend um 11 Uhr.

Die Führung übernimmt Anke Reuther, Kulturwissenschaftlerin und Vorsitzende der Freireligiösen Gemeinde Berlin e.V. (gegr. 1845). Der Städtische Zentralfriedhof Friedrichsfelde ist die erste kommunale nichtkonfessionelle Begräbnisstätte, die 1881 feierlich eröffnet wurde. Es war ein Friedhof für alle, denn er überwand die professionellen Schranken der bisher streng religiös verfassten Friedhöfe und galt vielen als Armenfriedhof. Mit der Beerdigung von Wilhelm Liebknecht (1826-1900) am Sonntag, dem 12. August entwickelte sich das 25 Hektar große Areal im vorderen Teil zum Sozialistenfriedhof. Der Trauerzug, an dem mehr als zwanzigtausend Menschen teilnahmen, kam aus der Kantstraße in Charlottenburg in den „armen Osten“ nach Friedrichsfelde. Seitdem war dieser Friedhof eine Begräbnisstätte für politisch aktive Persönlichkeiten wie Paul Singer, Louise Zietz, Ignaz Auer, Carl Legien, Emma Ihrer u.a. m. Die Beerdigung des ermordeten Karl Liebknecht 1919 und der leere Sarg von Rosa Luxemburg ließen diesen Ort geschichtsträchtig und mit politisch dramatischen Situationen in die Annalen der Arbeiterbewegung eingehen.

➡ Sonnabend, 25. April 2015, 11 Uhr, Treffpunkt Haupteingang Städtischer Zentralfriedhof Friedrichsfelde, Gudrunstraße 20, 10305 Berlin (über den ÖPNV erreichbar über S- oder U Bahnhof Berlin Lichtenberg, Tram 21, Bus 256).

Charlottenburg-Wilmersdorf:

Mehr Sicherheit durch Vorsorge

Die SPD lädt am Dienstag, dem 28. April, zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „Sicherheitsprävention und Entwicklung der Kriminalität in Charlottenburg-Nord“ ein.

In Berlin sind laut Kriminalitätsatlas von 2013 die Straftaten von 495.297 im Jahr 2012 auf 503.165 gestiegen, 52.647 wurden davon in Charlottenburg-Wilmersdorf begangen, der Bezirk gehört zudem zu den Stadtteilen mit den meisten Wohnungs-einbrüchen.

„Im Bereich der inneren Sicherheit gilt der Grundsatz: Vorsorge ist besser als Nachsorge“, so der SPD-Abgeordnete Frédéric Verrycken. „Kriminalität wird nicht nur durch die entschlossene Verfolgung begangener Straftaten bekämpft. Auch Präventionsmaßnahmen leisten einen wesentlichen Beitrag.“ Interessierte Bürgerinnen und Bürgern können mit einem Vertreter der Polizei und Frédéric Verrycken über die Situation der Kriminalität in Charlottenburg-Nord und die bestmögliche Sicherheitsprävention diskutieren. **BS** □

➔ 28. April, 19 Uhr, AWO-Treff, Reichweindamm 6, 13627 Berlin.

Bezirk:

301 zusätzliche Stellen

Die Bezirke erhalten für die Jahre 2016/2017 zusätzlich 301 Stellen. Damit werden vor allem die Bereiche in den Bezirksämtern besser ausgestattet, die vom Wachstum der Stadt besonders betroffen sind.

So werden nach Angaben von Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen die Jugendämter insgesamt 69 zusätzliche Stellen erhalten, für die bauenden Bereiche gibt es 132 Stellen und für die übrigen Ämter 100 Stellen. Um die Leistungsfähigkeit der Bezirksverwaltungen auch perspektivisch zu sichern und – wo erforderlich – anzupassen, wird der Prozess fortgesetzt. **BS** □

Mieten:

Teures Begehren

Für das von einer Initiative vorgelegte Volksbegehren zum Mietenvolksentscheid hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt jetzt die vorgeschriebene amtliche Kostenschätzung vorgelegt. Danach werden die Kosten für das Land Berlin für die Umsetzung der mit dem Gesetzentwurf geplanten Maßnahmen für die Jahre 2017 bis 2021 mit insgesamt 3,3 Mrd. Euro eingeschätzt. Davon werden für das Jahr 2017 Kosten von 791,3 Mio. Euro prognostiziert. **BS** □

Arbeitsmarkt:

Flüchtlinge schneller integrieren

Neues Maßnahmenpaket der Senatsverwaltung für Arbeit

Flüchtlinge sollen in Berlin schneller Arbeit und Ausbildung finden - und damit Steuerzahler werden. Das ist das Ziel von Arbeits- und Integrations-senatorin Dilek Kolat.

Für 2015 werden in Berlin rund 20.000 Asyl-Erstanträge erwartet. Zwei Drittel davon werden Menschen in erwerbsfähigem Alter sein. „Diese Menschen in Ausbildung und Arbeit zu integrieren, bedeutet ihnen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und eigenständige Existenzsicherung zu geben“, so Dilek Kolat.

Dazu werden mehr IntegrationslotsInnen eingestellt, zusätzliche Deutschsprach-



Arbeitsministerin Dilek Kolat.

Foto: Horb

kurse bei den Berliner Volkshochschulen eingerichtet, eine Beratungsstelle bei der Senatsverwaltung geschaffen und das Ausbildungsprogramm ausgeweitet. **BS** □

„Mehr Personal einstellen“

Der öffentliche Dienst wird flexibler: Statt eines Einstellungstermins für den nicht-technischen Verwaltungsdienst im Herbst gibt es in diesem Jahr drei, im kommenden Jahr sogar fünf.

In Berlin geht bis zum Jahr 2017 jeder vierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst in den Ruhestand. Wenn nicht massiv neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt und viel mehr junge Menschen als bisher ausgebildet werden, verlieren viele Behörden und Dienststellen in drei bis vier

Jahren immens an Leistungskraft, warnt Frédéric Verrycken, Vorsitzender des Hauptausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses: „Um die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung zu erhalten und zu verbessern, ist die schnellstmögliche Ausbildung und Einstellung qualifizierter junger Leute nötig.“ Einstellungen erfolgen in diesem Jahr zum 1.9., 1.10. sowie 01.12.2015. Die SPD-Fraktion fordere ein zuverlässiges Personalentwicklungskonzept für Land und Bezirke, so Verrycken. **BS** □

Rußlandbild auf dem Prüfstand

Begleitprogramm zur Ausstellung „Unerkannt durch Freundesland“

Noch bis zum 29. Mai ist in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus die Ausstellung „Unerkannt durch Freundesland“ zu sehen, die von den nicht ganz legalen Erkundungen der Sowjetunion durch DDR-Bürger mit einem Transitvisum erzählt.

Begleitet wird die Ausstellung, die das August Bebel Institut zeigt, von einer Reihe von Veranstaltungen. So stehen am Donnerstag, 7. Mai, 19–21 Uhr, die „Russlandbilder vom Zarenreich bis heute“ auf dem Prüfstand. Gesprächspartner ist u.a. der Historiker und ehemalige Leiter des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst Peter Jahn. Um „Ost-Berliner Blicke auf die UdSSR“ geht es am Donnerstag, 21. Mai, 19–21 Uhr im Gespräch mit Ekkehard Maaß, der auf seinen Reisen in der UdSSR unter anderem Schriftsteller*innen wie Tschingis Aitmatow, Andrej Bitow und Bulat Okudshawa traf.

„Mein Russland, Dein Russland“ heißt es am Donnerstag, 28. Mai, 19–21 Uhr. Das Bild Russlands hat sich in Deutschland, so behaupten Umfragen, deutlich verschlech-



Eröffnung der Ausstellung „Unerkannt durch Freundesland“ mit Kuratorin Cornelia Klauß und ehemaligen Reisenden. Foto: Horb

tert: 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges gilt das Land vielen wieder als Gefahr. Wie sehen das junge Berliner*innen, die mit beiden Ländern verbunden sind? Es diskutieren der Politikwissenschaftler Michael Groys, Marianna Salzmann, künstlerische Leiterin des Studios am Maxim Gorki Theater sowie Dmitry Shigaev, angehender Journalist.

➔ Galerie, Müllerstr. 163, Anmeldungen: anmeldung@august-bebel-institut.de

AG 6oplus:

Gewachsene Freundschaft

Frauen von der Krim zu Gast bei der Berliner SPD

„Wir lieben euch und wir fühlen, dass ihr uns auch liebt“, sagte eine der Frauen von der Krim, die in der vergangenen Woche zu Gast im Kurt-Schumacher-Haus der Berliner SPD waren.

Anlässlich des Jahrestages der Befreiung des KZ Ravensbrück kamen, nun schon das 16. Mal, Töchter der dort inhaftierten Frauen von der Krim nach Deutschland. Beim Empfang der Berliner SPD für drei der Frauen erinnerte SPD-Landesgeschäftsführer Dennis Buchner daran, wie viele Menschen in Ravensbrück unter schrecklichsten Umständen Zwangsarbeit verrichten mussten. Es sei bedrückend, so Werner Kleist, Vorsitzender der AG 6oplus, heute über das friedliche Gelände zu gehen und sich die schreckliche Vergangenheit vor Augen zu führen.

Der Fürstenberger Förderverein Ravensbrück pflegt seit Jahren den Kontakt zu den überlebenden Frauen und ihren Angehörigen. Unterstützung leistet auch die Berliner SPD-Arbeitsgemeinschaft 6oplus. Auf Initiative von Werner Ratajczak werden u.a. auf den Landesparteitagen Spenden gesammelt, die in der Regel einmal im Jahr an die Frauen von der Krim übergeben werden. Im letzten Jahr war dies aus politischen Gründen nicht möglich. Diesmal konnte Werner Ratajczak die gesammelten Spenden von 4.000 Euro überreichen. „In den 16 Jahren“, so Werner Ratajczak, „konnte ich 23.400 Euro an Spendengeldern übergeben. Die ehrenamtliche Aufgabe habe ich aus ganzem Herzen erfüllt, aber aus



Frauen von der Krim mit Werner Ratajczak.

gesundheitlichen und Altersgründen lege ich die ehrenvolle Arbeit nieder.“ Fortgeführt wird sie nun von Heinz Graupner, der Werner Ratajczak schon seit Jahren unterstützt, und Jörg Horstmeier. Damit ist sichergestellt, dass der freundschaftliche Kontakt weiter gepflegt wird.

Auch die Krimfrauen selber teilten ihre Freude über die langjährige Freundschaft mit Hilfe einer Dolmetscherin mit. Das Geld wird für die ehemaligen KZ-Häftlinge, die nun auf der Krim leben und dort weitestgehend vom öffentlichen Leben ausgeschlossen sind, unter anderem für Lebensmittelpakete verwendet. Davon konnten sich einige AG 6oplus Mitglieder selber ein Bild machen, als sie ihre Freunde auf der Krim vor drei Jahren besuchten.

Die politische Entwicklung auf der Krim werde keine Auswirkungen auf die Freundschaft habe, zeigten sich die Frauen überzeugt. Sie seien immer noch dieselben Menschen mit demselben Herz.

Jonas Bretschneider □

Pankow:

Mitglieder haben entschieden

Knut Lambertin als neuer Kreisvorsitzender gewählt

Knut Lambertin ist mit 61,3 Prozent der abgegebenen Stimmen zum neuen Kreisvorsitzenden der SPD Pankow gewählt worden. Auf seine Gegenkandidatin Clara West entfielen 38,7 Prozent.

Der bisherige stellvertretende Kreisvorsitzende Lambertin ist Nachfolger von Alexander Goetz, der aus beruflichen Gründen Berlin verlässt. Der Wahl auf der Kreisdelegiertenversammlung, die laut Statut den Kreisvorsitzenden zu wählen hat, waren drei Mitgliederforen vorausgegangen, auf denen sich 371 der 1663 Pankower SPD-Mitglieder über die Kandidaten informiert und ihr Votum abgegeben hatten. Die Mitgliederbeteiligung lag damit bei 22,3 Prozent. Auf der Kreisdelegiertenversammlung am 17. April haben die Delegierten entsprechend dem Mitgliedervotum abgestimmt. Neuer stellvertretender Kreisvor-

sitzender ist der Juso-Vorsitzende Rolf Henning. Er setzte sich mit 54,9 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen Severin Höhmann durch, der 43,7 Prozent der Stimmen erhielt.

Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß gratulierte Lambertin zur Wahl als Vorsitzender des größten ostdeutschen Kreises der SPD: „Er hat große politische Erfahrung sowohl hauptberuflich als auch im Ehrenamt in der Parteiarbeit: Als Referatsleiter Gesundheitspolitik beim DGB und Vorsitzender der Abteilung Pankow-Süd kennt er die Gewerkschaft und die Partei. Seit über 15 Jahren lebt, arbeitet und engagiert er sich im Bezirk, steht auf der Straße gegen Nazis, debattiert mit den Pankowerinnen und Pankowern und tritt glaubwürdig und nachdrücklich ein für ein Pankow, in dem alle Platz finden.“ **BS □**

FRAKTION INTERN

BER macht Hoffnung. Das neue Führungspersonal der Flughafengesellschaft arbeitet nach Einschätzung des Dahme-Spreewalder Landrats Stephan Loge konstruktiv und vertrauensvoll mit seinem Amt zusammen und auf die Fertigstellung des Terminals hin. „Diesmal glaube sogar ich daran“, sagte Loge.

Er hat vor dem Untersuchungsausschuss bestätigt, dass der BER aufgrund der Brandschutzmängel 2012 nicht genehmigungsfähig war. Nach entsprechenden Mitteilungen seiner Behörde war dies der Flughafengesellschaft spätestens im März 2012 auch bekannt.

Frank Zimmermann, für die SPD-Fraktion im Ausschuss, sagt: „Das Vorgehen der ehemaligen Geschäftsführung war von Realitätsferne und Wunschdenken geprägt. Sie hat die deutlichen und frühzeitigen Warnhinweise der Behörde schlichtweg ignoriert. Die als Ersatz für die nicht funktionierende Brandschutzanlage von den Planern vorgeschlagene halbautomatische sog. 'Mensch-Maschine-Lösung' hatte nie das Stadium der Genehmigungsfähigkeit erreicht. Statt dessen wurde der Behörde nahegelegt, es in entscheidenden Sicherheitsfragen nicht so genau zu nehmen. Dies hat sie zurecht zurückgewiesen.“

Stadtteiltag in Karlshorst. Der neue Abgeordnete Gregor Költzsch lädt am 29. April zum Stadtteiltag Karlshorst ein. Das Programm ist hier zu finden: <http://www.spdfraktion-berlin.de/stadtteiltage>

Gregor Költzsch ist für Birgit Monteiro nachgerückt, die Bezirksbürgermeisterin von Lichtenberg geworden ist. Er eröffnet an seinem Stadtteiltag auch sein Bürgerbüro in der Dönhoffstraße 36a in Karlshorst.

Damit haben alle 47 Abgeordneten der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses Bürgerbüros in den Berliner Kiezen. Eine Übersicht ist hier zu finden: <http://www.spdfraktion-berlin.de/tags/buergerbueros>.

Die Bürgerbüros sind zentrale Anlaufstellen vor Ort für die Anregungen, Sorgen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger. Die Abgeordneten bieten dort regelmäßige Sprechstunden und verschiedene Veranstaltungen an.

Neues Faltblatt zur Jugendberufsagentur. Das neue Faltblatt „Eine Jugendberufsagentur für Berlin“ ist ab sofort bei der SPD-Fraktion erhältlich. Es ist hier online zu finden: <http://www.spdfraktion-berlin.de/publikationen> oder in gedruckter Form bei der Pressestelle. **cs □**

Zeltlagerplatz e.V.:

Wiedersehen auf dem Zeltplatz

Zum 25. Mal findet Ende Mai das Treffen der Altfalken in Heiligensee statt

Zum 25. Mal lädt der Zeltlagerplatz e.V. Berlin-Heiligensee alle ehemaligen Mitglieder der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken zum Altfalkentreffen: Es findet am Sonnabend, 30. Mai 2015 ab 15 Uhr auf dem Zeltlagerplatz, Rallenweg 4, statt.

Vor 25 Jahren gab es das große Wiedersehenstreffen Ost- und West-Berliner Ehemaliger der ArbeiterInnenjugendbewegung, zu dem damals Heinz Westphal, Harry Ristock, Heinz Beinert, Alfred Gleitze, Ilse Reiche-Koß, Ernst Fröbel, Karl Richter, Bert Lehmann und Wolfgang Hecht eingeladen hatten. Seitdem finden die Treffen jährlich im Mai statt.

Als Gastredner hat diesmal der Senator für Stadtentwicklung Andreas Geisel zugesagt, der als Lichtenberger den Verband nach der Wende kennen gelernt hat und seither fördert.

Am 30. Mai sollen das Wiedersehen und die Freude im Mittelpunkt stehen. So wird es wie immer Kaffee und Kuchen geben und etwas später Gegrilltes, Salate und Ge-



Altfalkentreffen 2014.

Foto: Falken

tränke. Blauhemden, Liederbücher, Fotos und Geschichten sind ausdrücklich erwünscht. Für die Kinder wird es besondere Angebote geben. Das Archiv der Arbeiterjugendbewegung wird mit einem Bücherstand vertreten sein. Alte Fotos, Liederbücher und andere Erinnerungsstücke für das Archiv werden gern entgegengenommen.

Auch in diesem Sommer werden in Heiligensee wieder mehrere große Falken-

zeltlager stattfinden. Ganzjährig nutzen viele Berliner Schulklassen, Kitas und Jugendgruppen den Platz und das Gruppenhaus am Stadtrand. In den Erhalt und die Verbesserung des Platzes fließt weiterhin viel ehrenamtliches Engagement.

Im Vereinsvorstand hat es in diesem Frühjahr einen Generationswechsel gegeben. Nach langjährigem Engagement wurden Wolfgang Hecht, Andrew Walde und der langjährigen Hauptkassierer Holger Krüger mit großem Dank verabschiedet. Das neugewählte Team um den ersten Vorsitzenden Julian Holter (Reinickendorf) und die zweite Vorsitzende Korinna Thiemann (Neukölln) steht weiterhin für eine große Nähe zu den Berliner Falken und kann auf die aktive Unterstützung eines gewachsenen Stamms ehrenamtlicher HelferInnen bauen. Weitere - auch finanzielle - Hilfe ist stets willkommen. **V.D.** □

➔ Kontakt: altfalken@zev-berlin.de, 030 / 43 666 155

➔ Spendenkonto: Postbank Berlin, IBAN: DE18 1001 0010 0104 9581 08



Bank vor dem Bürgerbüro.

Foto: Bethmann

Warten auf der roten Bank

Der M41 ist ein legendärer Bus der BVG-Flotte. Es gibt Lieder und Facebook-Seiten, die sich nur mit ihm beschäftigen. Meist geht es dann um eine gewisse Unzuverlässigkeit, was sein Eintreffen an den Haltestellen angeht.

Eine Haltestelle auf der Strecke des M41 - die Tempelherrenstraße - liegt genau vor dem Bürger*innenbüro der Bundestagsabgeordneten Cansel Kiziltepe und des Berliner SPD-Abgeordneten Björn Eggert. Bisher gab es dort keine Sitzmöglichkeit, um auf den M41 zu warten. Eine Situation, die nicht nur ältere Menschen ärgerte. Doch nun gibt es Abhilfe: Eine rote Sitzbank, so die Idee von Kiziltepe und Eggert, soll eine angenehmere Wartezeit ermöglichen. Seit Anfang April ist sie vor dem Büro in der Urbanstraße 1 aufgestellt und wird bereits gerne von den Fahrgästen angenommen.

Konzepte für die weltoffene Stadt

Fachausschuss Internationales diskutiert Wahlprogramm

Der Fachausschuss I Internationales kommt am 29. April zu einer Arbeitssitzung zusammen, auf der der Beitrag zum Landeswahlprogramm unter dem Motto „Berlin, (welt-)offene Stadt“ in einer oder mehreren Kernthesen bzw. Kernforderungen zugespitzt werden soll.

Grundlage der Diskussion ist der dem Landesvorstand bereits vorgelegte Beitrag des FA I zum Handlungsfeld zur Migrations- und Integrationspolitik. Es geht um das Profil Berlins als Modell der Einwanderungsstadt in einem Einwanderungsland Deutschland, das sich erst jetzt zunehmend dieses Status und seiner Konsequenzen bewusst wird. Angesichts der seit Jahren wachsenden Bevölkerungszahl Berlins und der Zunahme von Geflüchteten und anderen Zuwandernden, der bundesweiten Diskussion um Fachkräftemangel und ein Einwanderungsgesetz, der fortbestehenden Diskriminierung von Nicht-Herkunftsdeutschen in der politischen Partizipation sowie in den Bereichen Bildung, Wohnen, Arbeiten, Gesundheit, Grund- und Alterssicherung sollte/n sich die Forderung/en, die der neue, hoffentlich von der SPD geführte Senat in den ersten drei Monaten seiner Amtszeit aus Sicht des FA I umsetzen sollte, auf die Stärkung der Rech-

te und Entfaltungsmöglichkeiten von Geflüchteten, Zuwandernden und noch nicht gleichberechtigten „Menschen mit Migrationshintergrund“ beziehen. Dies betrifft z.B. die Öffnung des Wahlrechts für Nicht-deutsche wie in einem Antrag des FA II Europa gefordert.

Zentral könnte auch der Beitrag Berlins zu einem Einwanderungsgesetz sein, das nicht nur den Fachkräftebedarf der Wirtschaft, sondern in gleicher Weise die humanitären Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Geflüchteten und anderen schutzbedürftigen Menschen sowie die Freisetzung der Fähigkeiten von Menschen mit prekärerem Status zur Sorge für sich selbst, ihre Familien und eine bessere Entwicklung ihres Heimatlandes im Blick hat.

Aus organisatorischen Gründen werden alle, die an der Erarbeitung der Kernthesen des FA I mitwirken wollen, um eine kurze Rückmeldung zu ihrer Teilnahme oder Mitwirkung gebeten an karl-heinz_nieder_meyer@web.de. Wer nicht an der Sitzung teilnehmen kann, kann eigene Diskussionsbeiträge per E-Mail an die obige Adresse schicken. **Karl-Heinz Niedermeyer** □

➔ Sitzung des FA I am Mittwoch, 29. April 2015, 18 Uhr im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin, Raum 320

Kultur:

Was für ein Theater!?

Brigitte Lange: Nach dem Theaterdonner ist es Zeit, über Visionen zu sprechen

Am Montag berät der Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses über die Berliner Theater. Die SPD-Kulturpolitikerin Brigitte Lange warnt in ihrem Beitrag vor Schnellschüssen.

Theaterdonner über Berlin. Claus Peymann, Intendant des Berliner Ensembles und Frank Castorf, Intendant unserer Volksbühne, machen sich Sorgen um die Berliner Kultur- und Theaterpolitik. Sie schleudern Blitze auf die Kulturverantwortlichen und werfen ihnen Unfähigkeit vor.

Beide Häuser erhalten 2017 neue Chefs. Der für das Berliner Ensemble steht fest. Oliver Reese soll das Amt übernehmen. Als Nachfolger für die Volksbühne wird der Leiter der Londoner Tate Gallery, Chris Dercon, gehandelt. Den aber will Peymann nicht. Er befürchtet, dass aus der Volksbühne eine sogenannte „Eventbude“ entstehen könnte. Gastspiele aus aller Welt hätten dann, laut Peymann, die Schließung eines bestehenden Ensembles zur Folge. Peymann erinnert an das Dilemma um die Schließung des Schillertheaters. Die Emotionen kochen hoch. Alle Medien greifen nach dem Futter.

Wir wissen, dass Peymann gerne gegen die Kulturpolitik poltert, sich als „Reißzahn im Arsch der Mächtigen“ versteht und auch mit seinen Kollegen nicht zimperlich umgeht. Nichtsdestotrotz ist Claus Peymann ein großer Theatermann, der seit vielen Jahren das Berliner Ensemble erfolgreich leitet.

Jedoch: Beschuldigungen, Beleidigungen und Spekulationen helfen in dieser Auseinandersetzung nicht weiter. Wohl aber konkrete Vorschläge zu den anstehenden Veränderungen. Die Wahl von Nachfolgern prägt immer die Ausrichtung einer Institution - ob im Kulturbereich oder woanders.

Auch ich mache mir Gedanken über die Zukunft der Berliner Theaterhäuser. Die Berliner Volksbühne ist ein Haus mit einer Geschichte, einer Traditionslinie, die es weiter zu entwickeln gilt. Gerade haben wir vor einigen Wochen das 100jährige Ju-



Brigitte Lange ist kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Foto: Horb

biläum der Volksbühne gefeiert. Sie wurde damals mit den Groschen der Berliner Arbeiterschaft finanziert und gebaut. Daraus jetzt eine „Eventbude“ zu machen, wird genauso wenig Erfolg haben wie das Aufrechterhalten überholter Traditionen.

Ich finde es gut, dass wir in Berlin Theater haben, an denen wechselnde freie Ensembles spielen, wie zum Beispiel im HAU, in den Sophiensälen, im Radialsystem und im Haus der Berliner Festspiele.

Auch für internationale Gastspiele müssen wir Häuser bereithalten. Das ist ein Teil der Berliner Kultur- und Theaterpolitik. Wir dürfen diese Ausrichtung aber nicht auf die Berliner Theaterhäuser in Gänze übertragen, Strukturen zerschlagen, Dichtung abschaffen und die Volksbühne abwickeln. Dieses Schreckensszenario ist keine Vision für die Berliner Kulturlandschaft. Und das Deutsche Stadttheater in die Hände von Kuratoren oder Managern zu legen ist auch keine Lösung, sondern eher gefährlich.

Eine der großen kulturpolitischen Herausforderungen ist, die landeseigenen Bühnen in ihrer Vielfalt zu erhalten und neue Modelle für die Teilhabe aller zu entwickeln. Als herausragendes Beispiel hierfür gilt unser Maxim-Gorki-Theater. Der Intendantin Shermin Langhoff ist es gelungen, die Diversität unserer Gesellschaft mit einem herausragenden Ensemble auf die Bühne zu bringen, das ganz selbstver-

ständig international besetzt ist. Auch an anderen Häusern ist es gelungen, das Profil zu schärfen, etwa am Deutschen Theater mit Ulrich Khuon. Und auch das geht nur mit einem dazugehörigen Ensemble.

So entwickelt sich die Kunst weiter, können die Häuser zu einem Experimentierfeld werden, von dem das Publikum profitiert. Es sei denn, man schafft das Repertoiretheater ab, dann braucht man kein Ensemble mehr!

Zurück zur Volksbühne: Welche Ausrichtung wird das Theater in Zukunft haben? Unabhängig davon, wer wann, wo, welche Visionen entwickelt, für die Realisierung braucht es mehrheitliche Unterstützung. Das kann ich als langjährige Kulturpolitikerin bestätigen. Ich fände es gut, wenn Leitungspositionen im Kulturbereich öffentlich und nach dem Gleichstellungsprinzip ausgeschrieben würden, wie in allen anderen öffentlichen Bereichen auch.

Jedes erfolgreiche Konzept braucht Visionäre, Kritiker und Realisten. Die Kritiker haben sich bereits lautstark zu Wort gemeldet. Jetzt ist es Zeit über Visionen zu sprechen, die umsetzbar sind. Dabei müssen wir über die Berliner Kulturpolitik hinausdenken und unsere kulturpolitischen Aufgaben als Bundeshauptstadt ebenfalls im Blick haben.

Wir brauchen eine öffentliche Diskussion darüber, welches Konzept wir grundsätzlich für die Berliner Theaterlandschaft wollen und wie wir vor allen Dingen verantwortungsvoll damit umgehen. 2017 wirft deutliche Schatten voraus. Nachdem der Theaterdonner verhallt ist, klärt sich die Atmosphäre, hoffentlich!

Übrigens: Wenn Claus Peymann behauptet, unser Regierender wurde erst unlängst von einer wichtigen Kulturfrau in die Oper gezerrt, dann irrt er gewaltig: Ich tausche mich seit Jahren mit Michael Müller über unsere Opernbesuche aus. Herrn Peymann habe ich noch nie in der Oper gesehen!

Brigitte Lange □

Sicherheit:

„Jetzt auf Prävention setzen“

Tom Schreiber fordert Landesprogramm zur Deradikalisierung im Bereich Islamismus

Die Anzahl der radikalisierten Personen bzw. der radikalisierten Ausreisenden in Berlin ist erschreckend. Aber anscheinend noch nicht erschreckend genug. 2011 gab es bundesweit ca. 3.500 Salafisten in Deutschland. Im Jahr 2014 waren es bundesweit ca. 5.500 Perso-

nen aus dem salafistischen Spektrum. In Berlin wuchs ihre Zahl 2011 von ca. 300 Personen auf etwa 550 Personen im Jahr 2014 an.

Seit 2011 spielt der Salafismus im Berliner Verfassungsschutz verstärkt eine Rolle. Zunächst wurde dieser gemeinsam mit

dem Themenbereich Islamismus oder im Zusammenhang von Al-Quaida behandelt und man bezog sich im Verfassungsschutzbericht immer mehr auf den internationalen Bezug zum islamistischen Terrorismus. 2011 ging es auch um die steigende Inter-

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

netpropaganda und dem Protagonisten Dennis Cuspert (Deso Dogg), einem ehemaligen Rapper aus Kreuzberg, der heute Medienberichten zufolge im Kriegsgebiet aktiv ist.

Der salafistische Aktionsraum wurde damals vor allem auf das Internet und dort verbreitete Hassbotschaften beschränkt. 2012 ging es in diesem Zusammenhang vor allem noch bundesweit um die Koranverteilungen aber auch gewaltbereite Salafisten, welche Polizeibeamte und rechtspopulistische Parteien auf Demonstrationen angegriffen haben. Später erhielt vor allem die sogenannte „Scharia-Polizei“ in NRW bundesweit eine besondere mediale Aufmerksamkeit.

**RADIKALISIERUNG ERFOLGT
INNERHALB WENIGER WOCHEN**

Ende 2014 ging man in Berlin von ca. 570 Salafisten aus. Von ihnen gelten etwa 290 als gewaltbereit. Wir wissen auch, dass eine Radikalisierung nicht mehr mehrere Monate dauert, sondern nur noch Wochen und dass das Internet die Radikalisierung massiv beschleunigt. Mehr als 80 Personen sind bisher von Berlin aus mit einer islamistischen Motivation in Richtung Syrien und Irak ausgereist. In den meisten Fällen handelt es sich bei ihnen um volljährige Männer zwischen 20 bis 65 Jahren.

Unter den Ausreisenden sind mittlerweile auch immer häufiger junge Frauen. Besonderen Anklang findet unter allen radikalisierten Ausreisenden die terroristische Organisation „Islamischer Staat“ (IS). 2015 haben sich bereits 90 ausgereiste Personen aus Berlin dem IS angeschlossen. Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass etwa ein Drittel zurückkehren wird oder zurückgekehrt ist.

In der bundesweiten Debatte ist meist von einer „abstrakten Terrorgefahr“ die Rede. Vereitelte Terroranschläge (wie in Köln oder im Sauerland) spielten schon in der Vergangenheit in den Medien eine Rolle, ohne jedoch eine sicherheitspolitische Konsequenz abzuleiten bzw. ausreichend präventiv zu denken. Auf Bundesebene werden Gesetze verabschiedet, die es ermöglichen, dass Pässe eingezogen bzw. markiert werden sodass Personen bei Verdacht auf eine terroristische Ausbildung bei Wiedereinreise nach Deutschland festgenommen werden können.

Mein Eindruck ist leider, dass wir nur mit dieser Form der Repression wenig Erfolg haben werden, falls wir nicht mehr als bisher gesellschaftspolitisch an die Ursachen herantreten. Andernfalls werden wir in den nächsten Jahren auf eine große Zahl Ausgereister blicken und vor allem auch eine hohe Zahl junger Menschen haben, die nicht nur abstrakt sondern auch tatsäch-



Tom Schreiber ist Sprecher für Verfassungsschutz der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Foto: SPD Berlin

lich eine terroristische Gefahr darstellen werden. Bereits heute ist es nicht möglich die rund 300 gewaltbereite Salafisten in Berlin 24 Stunden am Tag zu beobachten oder zu begleiten.

RADIKALE JUGENDSUBKULTUR

Claudia Dantschke vom Projekt „Hayat“ hat es gut beschrieben. Sie sagte, „dass wir mittlerweile von einer „radikalen Jugendsubkultur“ sprechen können. Das bedeutet, dass wir uns diesem Phänomen von den Anfängen her nähern müssen. Wie gehen wir mit den eigenen radikalisierten Konvertiten um? Die Anschläge in Paris haben gezeigt, dass man sich um jeden radikalisierten Menschen kümmern muss - auch in den Berliner Haftanstalten. Viele der radikalisierten Menschen sind „tickende Zeitbomben“ und sie haben nichts zu verlieren. Mit ihnen muss gearbeitet werden oder frühzeitig verhindert werden, dass sie ausreisen können. Darüber hinaus muss ihnen geholfen werden, aus den Terrornetzwerken auszusteigen.“

In der Bundesrepublik Deutschland ist seit 2014 Bewegung in die Präventionsarbeit gekommen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) begann vorbildhaft Projekte im Präventionsbereich zu finanzieren. Doch bisher sind von den 16 Bundesländern nur sechs Bundesländer aktiv dabei.

NRW hat das Projekt „Wegweiser“, die Bundesländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg koordinieren ihre Aktivitäten und Hessen hat ein entsprechendes Landesprogramm. In Hessen ist das Kompetenzzentrum beim Innenministerium angesiedelt. Vier Ressorts sind in dem Netzwerk dabei (Inneres, Justiz, Bildung und Soziales). Ca. 400.000 Euro gibt Hessen im Doppelhaushalt für die Präventionsarbeit aus. Dies erfolgt mit wissen-

schaftlicher Begleitung und in Zusammenarbeit mit dem Violence Prevention Network (VPN). Auch Berlin beteiligt sich ab April 2015 an der Finanzierung des VPN.

Bisher fühlen sich viele Bundesländer im Bereich der Präventionsarbeit bzw. deren Finanzierung nicht zuständig. Dabei gibt es „Hotspots“ - gerade in NRW, Süddeutschland und auch in Berlin. Es gibt zwar einen Beschluss der Innenminister-Konferenz (IMK) zu diesem Thema, aber die Verwaltung und Politik reagiert in diesem Bereich nur langsam und schwerfällig. Dabei haben wir keine Zeit mehr zu verlieren. Das sind wir besonders den Familien schuldig, deren Kinder im Ausland in „Terror-Camps“ sind. Vor allem muss die Erkenntnis reifen, dass hier nicht nur die Sicherheitsbehörden mitarbeiten müssen. Hier ist ein ressortübergreifender Ansatz gefragt.

Für Berlin wünsche ich mir ein eigenständiges „Landesprogramm gegen Radikalisierungstendenzen“. Dort müssten Inneres, Justiz, Soziales, Arbeit, Integration, Bildung und Jugend sowie die Trägerlandschaft („Hayat“, „VPN“, „Ufuq“) beteiligt werden und aktiv zusammenarbeiten. Dies kann und sollte außerdem in wissenschaftlicher Begleitung einer Universität stattfinden. Ebenso sollten in einem Kuratorium bzw. Beratungsgremium die muslimische Gemeinde beteiligt werden.

NUR EIN ERSTER ANFANG

Vom April 2015 an wird das Land Berlin (Inneres) hierzu ca. 115.000 Euro ausgeben und dann bis 2019 pro Jahr 100.000 Euro. Das ist in Anbetracht der dramatischen Situation ein Anfang, steht jedoch noch immer in keinem Verhältnis zur Realität bzw. zum eigentlichem Bedarf. Zum Vergleich: Im Landesprogramm gegen Rechtsextremismus stehen uns in Berlin ca. 2,5 Mio. Euro zur Verfügung. Das ist gut, dennoch haben wir es, bei genauer Betrachtung, im islamistischen Bereich mit einem weitaus größeren Problem zu tun, weil eine echte Präventionsarbeit in diesem Bereich über Jahre vernachlässigt wurde. Über die Lottostiftung wurde das Projekt „Maxime“ (Abbau von Vorurteilen, Demokratieförderung) finanziert. Die Förderung endet in drei Jahren. Und dann?

Es wird eine Beschleunigung der Debatte geben, wenn es tatsächlich zu einem terroristischen Anschlag kommt. Aber ich möchte nicht darauf warten. Die Antworten müssen wir jetzt liefern und beginnen die entsprechenden Weichen zu stellen. Die Anhörung am 15. April im Verfassungsschutzausschuss hat einhellig ergeben, dass sich alle vier geladenen Träger und alle Fraktionen für ein mögliches Landesprogramm zur Prävention und Deradikalisierung im Bezug auf den Islamismus ausgesprochen haben. **Tom Schreiber** □

Finanzpolitik:

Den Blick nach vorne richten

Jörg-Otto Spiller: Anmerkungen zur griechischen Schuldenkrise

„Genug mit dem toxischen Schwarzen-Peter ! Wir brauchen eine Deeskalation der Missgunst in Europa“, lautet die Überschrift eines Artikels von Yanis Varoufakis, der kürzlich im „Handelsblatt“ erschienen ist. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat ihn in ihrer Reihe „IPG Internationale Politik und Gesellschaft“ (www.ipg-journal.de) ins Netz gestellt.

„Fünf Jahre nach Umsetzung der ersten Rettungsaktion steckt Griechenland weiter in der Krise“, schreibt der Finanzminister. Zwischen den Europäern herrsche ausgeprägte Animosität, „und insbesondere Griechen und Deutsche sind inzwischen auf einen Punkt moralischer Effekthascherei, gegenseitiger Schuldzuweisungen und offener Feindseligkeit abgesunken. Von diesem toxischen Schwarzen-Peter-Spiel profitieren einzig Europas Feinde. Es muss aufhören.“

Besser, finde ich, hätte man die Gefahrenlage nicht beschreiben und eindringlicher nicht vor Irrwegen warnen können.

Über die anzustrebenden Ziele, so scheint es doch, besteht ja zwischen allen Partnern in der Europäischen Währungsunion weitgehendes Einvernehmen: Die akuten Gefährdungen der Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik sollen abgewendet, der Staatshaushalt schrittweise zur Gesundung geführt werden, die wirtschaftliche Leistungskraft des Landes nachhaltig steigen, die Arbeitslosigkeit möglichst zügig sinken und der Zusammenhalt der Eurozone und der Europäischen Union insgesamt wieder gestärkt werden.

GEGEN VERENGUNGEN DES BLICKFELDES

Aber wie kommt man diesen vortrefflichen Zielen näher? Klar ist nur, dass der Weg unbequem sein wird und dass - bei allem Respekt vor der Sprachgewandtheit des griechischen Ministerpräsidenten und seines Finanzministers - schöne Worte und wohlklingende Ankündigungen wenig wert sind, wenn sie nicht von klaren Entscheidungen und konkretem Handeln begleitet sind.

Mit Sicherheit in die Irre lenken Verengungen des Blickfeldes. Die solidarische Bewältigung der griechischen Verschuldungskrise ist keine Angelegenheit der bilateralen Beziehungen zwischen Griechenland und Deutschland. Finanziellen Beistand leisten alle Partnerländer in der Eurozone. Deren Positionen sind nicht alle



Jörg-Otto Spiller gehörte von 1994 bis 2009 dem Deutschen Bundestag an und war dort u.a. finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Foto: privat

identisch. Aber der Wunsch, dass die griechische Regierung Zusagen einhält, ist keine persönliche Marotte von Herrn Schäuble.

Ein paar Anmerkungen zu den deutsch-griechischen Beziehungen gestatte ich mir weiter unten im Rahmen einiger politischer Betrachtungen. Zunächst sei ein Blick aus ökonomischer Sicht auf die griechische Staatsverschuldung gerichtet.

VON DER TRAGBARKEIT EINER SCHULDENLAST UND VOM GEWICHT DES VERTRAUENS

Der derzeitige Stand der griechischen Staatsschulden wird mit etwa 320 Mrd. EUR beziffert. Diese Summe entspricht nach Angaben der Europäischen Zentralbank 176 % der jährlichen Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP) des Landes. Oder weniger fachchinesisch gemessen: Bei einer Bevölkerung von 11,3 Millionen Menschen beträgt die öffentliche Verschuldung pro Grieche, Säuglinge und Greise eingeschlossen, rund 28.000 EUR.

Ein dicker Brocken. Wie sollen diese horrenden Schulden jemals beglichen werden?

Die Frage wird gern gestellt, aber nicht wirklich zu Recht. Auf Dauer angelegte Körperschaften wie Unternehmen oder Staaten können auch dauerhaft mit Schulden leben. Kein gut geführtes großes Unternehmen wartet mit Investitionen, bis es sie vollständig aus eigenen Mitteln bezahlen kann. Eine Teilfinanzierung durch

Fremdkapital ist nicht nur gang und gäbe, sondern höchst vernünftig. Die Schulden müssen nicht auf Null zurückgeführt werden. Jeder einzelne Kredit allerdings muss korrekt bedient werden, wie vereinbart verzinst und auch pünktlich bei Fälligkeit getilgt. Ob es sinnvoller ist, die Tilgung aus eigenen Mitteln zu leisten oder dafür einen neuen Kredit aufzunehmen, hängt von den jeweiligen Umständen ab und ist im Normalfall eine Rechenaufgabe.

ZINSKOSTEN ALS FAKTOR FÜR VERSCHULDUNG

Ein Kriterium ist die Höhe der Zinsen. Welchen Schuldenumfang das Unternehmen sich aufzubürden wagt - oder vielleicht besser nicht wagen sollte - hängt in erster Linie von den Zinskosten ab. Tragfähig ist nur ein Verschuldungsniveau, bei dem gewährleistet erscheint, dass die Zinszahlungen stets - auch im Fall denkbarer Zinssteigerungen - pünktlich und ungeschmälert erfolgen können. Nur wenn diese Bedingung erfüllt wird, bleibt im übrigen die Option erhalten, die Tilgung bei Fälligkeit durch die Aufnahme eines neuen Kredites zu finanzieren. Wer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, zerstört Vertrauen, verliert seinen Kredit.

Im Kern trifft all dies auch für Gebietskörperschaften zu. Die Schuldenlast muss zu tragen sein, und die Option, alte Kredite bei Fälligkeit durch neue zu ersetzen, darf nicht durch Vertrauenseinbußen gefährdet werden.

Zu Griechenland. Nach den diversen Hilfsaktionen von Eurogruppe, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) besteht die griechische Staatsverschuldung heute zu etwa 80% aus zinsgünstigen und überwiegend langfristigen Krediten staatlicher und institutioneller Gläubiger.

Angesichts des Umfangs der Schulden ist die Zinslast dennoch eine schwere Bürde. Nachhaltig tragfähig würde sie wohl nur, wenn Griechenland alsbald aus der Rezession herauskommt und seine Volkswirtschaft und die Staatseinnahmen in den nächsten Jahren kräftig wachsen. Das derzeit größere Problem ist jedoch die Finanzierung in diesem Jahr anstehender Tilgungen. Aus laufenden Einnahmen werden sie nicht zu schultern sein, und für die Kreditbeschaffung mangelt es vorerst an einer Voraussetzung: Vertrauen.

Die Hinhaltetaktik der neuen Regierung gegenüber ihren europäischen Partnern

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

mag innenpolitische - vielleicht auch innerparteiliche - Gründe haben, aber sie ist in der Sache schädlich. Die europäischen Partnerregierungen und die EZB, also die potentiellen Nothelfer, warten auf konkrete Entscheidungen. Sie wollen wissen, was die Regierung in Athen will und was sie tut. Bisherige Antwort: Sagen wir demnächst.

Mindestens ebenso wichtig wie das Vertrauen potentieller Geldgeber sollte jeder Regierung das Vertrauen der eigenen Bürger sein, unabhängig davon, wen sie gewählt haben. Wenn Griechen massenhaft ihre Ersparnisse vom Konto abheben oder ins Ausland schaffen, weil sie befürchten, ihrer Bank könnte das Geld ausgehen und/oder dem Land stehe eine Umstellung der Währung bevor, haben die Regierenden - durch falsches Tun oder durch Versäumnisse - grob versagt.

WELCHE WEGE FÜHREN AUS DER KRISE?

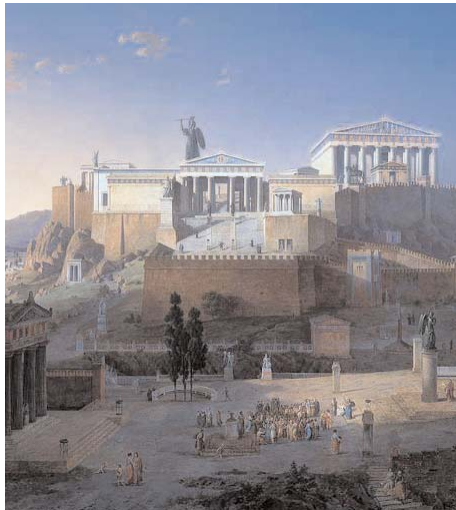
Das zwischen der EU-Kommission und der Hellenischen Republik vereinbarte (und mehrfach modifizierte) Paket von Sanierungsmaßnahmen („Memorandum of Understanding“) ist wohl nicht der Gipfel abendländischer Weisheit. Es trägt oberlehrerhafte Züge, hat wenig Scheu vor Eingriffen in griechische Entscheidungskompetenzen, ist sozial unausgewogen und legt den Akzent viel deutlicher auf Ausgabenkürzungen als auf Wachstumsförderung. Verständlich, dass es in Griechenland auf viel Kritik stieß. Aber Wut auf die Anzugträger (mit Krawatte) der „Troika“, neuerdings der „Institutionen“, ist noch kein Konzept, und beliebiges Geldausgeben ist noch keine Wachstumspolitik.

Es wäre gut, wenn die griechische Regierung und die Euro-Partner möglichst bald und möglichst konstruktiv in die Suche nach einem aussichtsreichen Weg zur Stärkung der griechischen Wettbewerbsfähigkeit, Förderung des Wirtschaftswachstums und Steigerung der Beschäftigung einträten.

Ein Hindernis könnte darin bestehen, dass die Regierung Tsipras um ihre Mehrheit im Parlament fürchten muss, wenn sie Aufgeschlossenheit gegenüber der Wirklichkeit entwickelt. Da muss sie durch. Abgeordnete sind vernunftbegabte Wesen. Jedenfalls die meisten. Tsipras muss nur kämpfen.

BLICK NACH VORN

Neuerdings verweisen eine ganze Reihe von griechischen Stimmen, darunter der Ministerpräsident, auf einen besonders elegant erscheinenden Weg, die Schuldenprobleme des Landes zu beseitigen:



Auf dem 115 Meter hohen Areopag in Athen - hier auf einem Gemälde von Leo von Klenze - tagte in der Antike der oberste Rat. Heute ist es der Name von Griechenlands obersten Gerichtshof.

Foto: Wikimedia

Deutschland soll Reparationen für die von Griechenland erlittenen Schäden im Zweiten Weltkrieg zahlen. Entsprechende Forderungen an das damals mit Deutschland zusammengelegte Österreich und die beiden anderen einstigen Kriegsgegner Italien und Bulgarien werden realistischerweise derzeit offenbar nicht erwogen. Dies vielleicht auch deshalb, weil einige Experten herausbekommen haben wollen, die Hellenische Republik könne Ansprüche an Deutschland annähernd in Höhe ihrer heutigen Gesamtverschuldung geltend machen.

Gut möglich, dass Finanzminister Varoufakis unter anderem an diese Debatte dachte, als er seine eingangs zitierte Klage über die drastische Verschlechterung des politischen Klimas zwischen Griechen und Deutschen formulierte.

Keine deutsche Bundesregierung wird jemals bereit sein, noch über Reparationen für den Zweiten oder gar den Ersten Weltkrieg zu verhandeln. Als im Sommer 1990 die Bundes- und die DDR-Regierung mit den vier Siegermächten den völkerrechtlichen Rahmen für die Wiedervereinigung aushandelten, war ein Grund für die Wahl jenes Forums „Zwei-plus-Vier“ der Wille der sechs Beteiligten, das leidige Thema Reparationen, das bei einer großen Friedenskonferenz vermutlich aufgegriffen worden wäre, stillschweigend zu begraben. Für Deutschland, so die regierungsamtliche Formel, ist die Frage Reparationen seither „rechtlich und politisch abgeschlossen“.

In der Sache ebenso folgenlos und ähnlich gut geeignet, Beifall und Ärger auszulösen, war das kürzlich vorgetragene Bekenntnis des neuen griechischen Justizministers, er sei bereit, um Entschädigungsansprüche von Hinterbliebenen griechischer NS-Opfer durchzusetzen, deutsches Eigentum in Griechenland zu pfänden, bei-

spielsweise die gut gelegene Immobilie des Goethe-Instituts in Athen.

Der Areopag, Griechenlands oberster Gerichtshof, hatte vor fünfzehn Jahren bestätigt, dass Hinterbliebene von Opfern des Massakers, das deutsche Soldaten 1944 nach einem Partisanenangriff in dem Dorf Distomo angerichtet haben, einen Anspruch auf deutsche Entschädigung haben. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte 2002 allerdings Zwangsvollstreckungen zur Durchsetzung der Entschädigung für unzulässig erklärt.

DEUTSCHE SCHANDTAT NICHT MIT DEN SCHULDEN GRIECHENLANDS VERMENGEN

Ja, das Massaker von Distomo war ein abscheuliches Kriegsverbrechen. Die Reaktion auf den Partisanenüberfall war völlig maßlos und deshalb auch nicht durch die Haager Landkriegsordnung gedeckt. Die Erinnerung an diese deutsche Schandtate muss wach gehalten werden. Allerdings gänzlich unabhängig von der finanziellen Lage Griechenlands. Distomo darf auch dann nicht in Vergessenheit geraten, wenn Griechenland wirtschaftlich bärenstark ist. Und es sollte nicht instrumentalisiert werden, wenn Griechenland Hilfe braucht.

Wieviel die Hinterbliebenen der Opfer und die überlebenden Geschädigten aus Distomo von den 115 Millionen DM, die 1960 die Bundesrepublik für die Entschädigung von NS-Opfern an die griechische Regierung gezahlt hat, erhalten haben und ob das ein einigermaßen angemessener Betrag war, wird gewiss in beiden Ländern viele Menschen interessieren. Wo es angebracht erscheint, sollten Entschädigungsleistungen aufgestockt werden.

Aber für die Erstarke der griechischen Volkswirtschaft, den Abbau der unerträglich hohen Jugendarbeitslosigkeit, die Überwindung der Misere, in die Millionen von Griechen geraten sind, ist die Höhe der Entschädigungen von NS-Opfern ohne jeden Belang.

NARBEN DER GESCHICHTE

Europas Geschichte ist voller Narben. Die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft kannten sie bestens. Aber sie haben nicht aufgerechnet, sondern nach vorn geschaut. Sie haben nicht das Leid der Großeltern verglichen, sondern für die Zukunft der Enkel gearbeitet. Die ist wichtiger als Streit um das Vergangene.

Griechenland hat der Welt unendlich viel gegeben. Das ist schon eine Weile her, aber es bleibt unvergessen. Zur Zeit braucht das Land Hilfe. Genauer gesagt, Hilfe zur Selbsthilfe. Die wird es erhalten. Um sie zu bekommen, muss es die Partner nicht einmal ständig nerven. **Jörg-Otto Spiller** □

Kriegsende 1945:

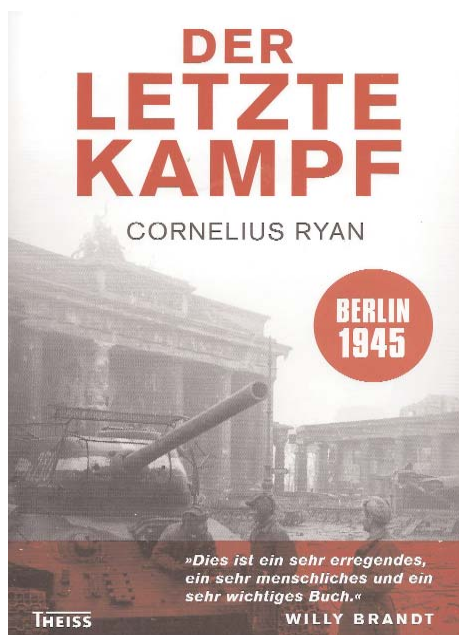
Tage der Befreiung

Neuaufgabe von Cornelius Ryans Schilderung der letzten Kriegstage erschienen

Es ist die Geschichte weniger Tage und zugleich die des Endes eines mörderischen Diktatur. Am Montag, dem 16. April um 4 Uhr morgens startete die Rote Armee ihren Angriff auf Berlin, am 2. Mai ergaben sich die letzten deutschen Verbände in der Hauptstadt. Cornelius Ryan, im Zweiten Weltkrieg Kriegsberichterstatter für den Londoner Daily Telegraph, hat diesen „Letzten Kampf“ um Berlin in einem 1966 erschienenen Buch nachgezeichnet. 70 Jahre nach Kriegsende liegt es jetzt in einer Neuauflage wieder vor.

Als „historische Collage mit den Zügen eines packenden Tatsachenromans“ beschreibt der Historiker Johannes Hürter das Buch in seinem Vorwort. Grundlage Ryans, dessen eindringliche Kriegsschilderungen „Der längste Tag“ (1959) und „Die Brücke von Arnheim“ (1974) verfilmt wurden, war eine umfangreiche Materialsammlung mit 969 schriftlichen Befragungen und 172 Zeitzeugeninterviews, mit der Auswertung von Tagebüchern, Militärakten und Briefen.

Entstanden ist jedoch keine historische Arbeit, sondern ein Mosaik sehr persönlich gezeichneter Schicksale aus den Machtzen-



Der letzte Kampf, von Cornelius Ryan (Autor), Willy Brandt (Vorwort), Johannes Hürter (Einleitung), gebundene Ausgabe, Konrad Theiss Verlag, Januar 2015, 480 Seiten, ISBN-13: 978-3806230260, 29,95 EUR

tren genauso wie aus dem Alltag in Berlin. Sie geben einen Einblick in das Leben in der

durch Bombenangriffe weitgehend zerstörten Stadt, in der dennoch Bahnen fahren, die Milch ausgefahren und die Post zugestellt wird, in der Menschen in Verstecken die Befreiung herbeisehnen, Jugendliche in die letzten Kämpfe geschickt werden und Frauen in Sorge um ihr Leben und das ihrer Kinder das Ende der Kämpfe erwarten.

Geschrieben wurde das Buch in der Hochphase des Kalten Kriegs, was sich in der Dramaturgie Ryans, aber auch in der unterschwelligen Wertung der westalliierten gegenüber den sowjetischen Soldaten und Offizieren niederschlägt. Die Lektüre, so der Historiker Hürter, setze den „kritischen, informierten Leser“ voraus. Der findet darin dann eine Fülle von Details und Erlebnissen, von militärischen Plänen ohne sich jeder Wertung anschließen zu müssen.

Und er findet Willy Brandts Mahnung im Vorwort zur Erstausgabe 1966: „Wer miterlebt und mitentschieden hat, wie die größte Trümmerwüste in diesem Teil der Welt mit neuem Leben erfüllt wurde, der muss hoffen, dass die Lehren von 1945 - und der Jahre, die dorthin führten - nicht verlorengehen.“ **U.H. □**

Biographie:

Ein moderner „Jakobiner“

Erich Hellmuth Jacobys Erinnerungen liegen erstmals in deutscher Sprache vor.

Das Berliner Kammergericht in der Schöneberger Elßholzstraße ist ein imposanter Bau. Hier hatte vor 90 Jahren Erich Hellmuth Jacoby sein erstes juristisches Staatsexamen abgelegt, 1929 folgte das zweite Examen. Im Plenarsaal stellte Ende 2014 die Tochter Ruth Jacoby die erst jetzt in deutscher Sprache erschienenen Lebenserinnerungen ihres Vaters vor. Es ist ein bewegendes zeitgeschichtliches Zeugnis einer lebenslang für Gerechtigkeit kämpfenden beeindruckenden Persönlichkeit.

Erich Hellmuth Jacoby wird 1903 in Berlin als Sohn eines jüdischen Arztes geboren. Zu seinen Vorfahren gehörte Johann Jacoby (1805-1877), ein Radikaldemokrat, der preußische Monarchen mit Denkschriften herausgefordert hatte. Erich H. Jacoby wird Jurist, war von 1929 bis 1933 Syndicus der Eisenbahngewerkschaft und er war Sozialdemokrat. Er wohnt nur einige Straßen vom Kammergericht entfernt, in der Wartburgstraße 19. Als Lokführer getarnt flüchtet er am 31. März 1933 aus Nazi-Deutschland, arbeitet von Kopenhagen aus



Ruth Jacoby, Felix Schikorski (Hrsg.), *Mensch - Land - Gerechtigkeit*, Hentrich & Hentrich Verlag Berlin, 342 Seiten, 24,90 Euro.

in der Internationale für die Transportarbeiter (ITF) mit, muss 1940 erneut vor den Nazis flüchten, zunächst nach Schweden, dann nach den Philippinen. Er befasst sich dort mit der Situation der Landarbeiter. Nach Kriegsende geht er zunächst in die USA, dann nach Skandinavien und wird von 1951 bis 1967 leitender Mitarbeiter der Welternährungsorganisation (FAO) in Rom, widmet sich dort maßgeblich den Landreformen in der Dritten Welt und den Lebensbedingungen der Landarbeiter. Seine herausragenden Publikationen veran-

lassen Gunnar Myrdal nach 1967, Jacoby als Forschungsprofessor nach Stockholm zu holen. Er stirbt 1979 in Schweden, dem einzigen Land, das ihn nach 23jähriger Staatenlosigkeit 1956 einbürgerte.

Seine Lebenserinnerungen sind in schwedischer Sprache 1977 in Stockholm erschienen. Es ist verdienstvoll, dass der Berliner Verlag Hentrich & Hentrich sie nun in Deutschland herausgegeben hat. Die Lebenserinnerungen werden hier ergänzt mit Beiträgen von Uwe Wesel über Johann Jacoby und Simone Ladwig-Winters über Schicksaler jüdischer Gewerkschafter nach 1933 (u.a. Siegfried Aufhäuser). Jacoby hat im Exil Solidarität ebenso erfahren wie Verunglimpfungen. In den USA waren seine Ideen zu Landreformen verpönt, er und sein Buch „Agrarier Unrest in Southeast Asia“ wurden gar Ziel von der Mc-Carthy-Hexenjagd. Jacobys Lebenserinnerungen, in einem eher lakonischen Schreibstil verfasst, sind lesenswert. Jacobys Tochter Ruth war von 2006 bis 2010 Botschafterin Schwedens in Berlin.

Gunter Lange □

Adenauer und die Stalinnote:

Ein deutscher Umweg?

Historische Debatte: War die Einheit schon 1952 möglich?

Die Berliner Stimme dokumentiert mit freundlicher Genehmigung der Autoren Auszüge aus dem Manuskript „Wollte Adenauer die Einheit? Das Jahr 1952“, herausgegeben von Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker. In dieser Ausgabe schließen wir mit einem Auszug zum „Tjul'panov-Bericht“ Oberst Tjul'panov hatte Stalin über die Entwicklung der DDR Bericht erstattet.

Als Stalin 1952 den Deutschen die Wiedervereinigungsanbot, war auch Kurt Schumacher (1895 - 1952) zunächst äußerst mißtrauisch, sah in der Note dann jedoch auch eine Chance. Doch als die Debatte über die Stalin-Note öffentlich ausbrach, war der SPD-Oppositionsführer bereits tot. Am 20. August 1952 verlor die Nachkriegs-SPD ihren unbestrittenen Kopf. Er starb an den Folgen seiner langjährigen KZ-Haft.

Über das Scheitern der DDR in den 80er bzw. 90er Jahren noch nachdenkend fragen wir uns, ob uns dieser deutsche Umweg nach Hitler nicht hätte erspart bleiben können. Hätte Kurt Schumacher nur ein Jahr länger gelebt, so hätten die Arbeiter vom 16./17. Juni 1953 im Westen einen politisch erfahrenen Unterstützer gehabt. Schumacher hätte bestimmt auf sofortigen neuen Friedensverhandlungen mit allen vier Siegermächten über die offene deutsche Frage bestanden. Mit anderen Worten: Er hätte angesichts des Arbeiteraufstandes in der DDR die neue politische Konstellation genutzt und Verhandlungen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges - auch gegen den Widerstand Adenauers - erneut auf die Tagesordnung der Nachkriegswelt gesetzt. Schumachers früher Tod endete in einem deutsch-deutschen Drama. Der persönlich sympathische, jedoch politisch schwache Ollenhauer konnte das entstandene politische Vakuum in der westdeutschen Linken nicht ausfüllen.

Die „alte Diskussion“ über die Bedeutung des „Tjul'panov-Berichts“ - so Bernhard Schulz in seiner Rezension des Berichtes im Tagesspiegel vom 6. August 2012 - sei bereits nach der Veröffentlichung der Streitschrift von Loth über Stalin, Adenauer und die Deutschen im Jahre 1994 erneut heftig aufgeflammt. Denn Loth zufolge habe gerade der „dogmenverhaftete Oberst Tjul'panov“ die Separationsvorstellungen von Walter Ulbricht als Chef der SMAD-Propagandaverwaltung durch parteiliche Berichte unterstützt.

Die kontroverse Debatte in den 50er Jahren und dann erneut 1994, und zwar nicht nur in der westdeutschen Linken, darüber,



Wäre der Mauerbau zu verhindern gewesen? Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker fördern eine neue historische Debatte. Foto: Horb

ob Stalin womöglich ein ökonomisch starkes, neutrales Gesamtdeutschland mit einem Friedensvertrag bzw. Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion der Existenz eines jahrzehntelang unterfinanzierten mitteldeutschen Teilstaates vorgezogen hätte, war letztlich 1994 ergebnislos verlaufen. Bernhard Schulz erklärt dies mit dem Argument, schließlich sei der „Geheimbericht“ verlorengegangen. Mit anderen Worten: Er rüstete diesen Arbeitsbericht über die ersten drei Jahre der russischen Besatzungspolitik 2012 im nachhinein erneut zum angeblichen Schlüsseltext über die russisch-deutsche Frage nach Hitler auf. Solange dieser Text jedoch verloren geglaubt gewesen sei, hätten die westdeutschen Nachkriegshistoriker die Frage, wer die Hauptverantwortung für die Teilung der Restnation nach dem Hitlerkrieg trage, nie richtig klären können.

Löste nun die Entdeckung dieses angeblichen „Schlüsseldokuments“ durch Professor Wettig in der Post-DDR- bzw. der Post-BRD-Geschichtsschreibung eine erneute Debatte über die Spaltung Nachkriegsdeutschlands aus? Eher Nein. Denn dieser Bericht erwies sich als eine magere Bilanz. Tjul'panow hatte die Mehrzahl seiner ursprünglichen Monatsberichte in einer trockenen, militärbürokratischen Amtssprache abgefaßt. Der Popanz vom „Schlüsseltext“ fiel 2012 still und leise in sich zusammen.

Dies erinnert an Hans Falladas Roman „Bauern, Bonzen und Bomben“, in dem der Bürgermeister Gareis der Stadt Altholm bei der Klärung seiner Verantwortung für die blutige Niederschlagung einer Demonstration der Bauern alle seine Hoffnungen auf einen - ihm von vorgesetzter Stelle zugestellten - Geheimbefehl setzt, den er im Falle einer gefährlichen Wendung der Demonstration hätte öffnen und befolgen sollen. Im Chaos der Ereignisse hatte er den Befehl

nicht mehr lesen können, und der war dann entwendet worden. Gareis geht nun davon aus, daß der Geheimbefehl für die Demonstration besondere Anordnungen gegen die Bauern enthalte und so die Verantwortung für das harte Durchgreifen bei seinem Vorgesetzten, dem Regierungspräsidenten Temborius, liege. Vor Gericht erweckt er bewußt diesen Eindruck. Als der Befehl endlich wieder auftaucht, muß er erkennen, daß der Regierungspräsident keineswegs konkrete Anweisungen für den Ernstfall gegeben hat, sondern nur allgemein gehaltene Bemerkungen. Er hätte es besser wissen müssen: Bei Temborius handelt es sich nur um die „Wichtigtuerei eines blöden Militärbürokraten“, so seine späte Erkenntnis.

Was aber die Erforschung der Spaltung Deutschlands angeht, so wäre es rund 25 Jahre nach der Neuvereinigung Deutschlands an der Zeit, eine neue Debatte über die deutsch-russische Frage sowie nach der Verantwortung für den deutschen Umweg in den Jahren nach 1945 in beiden deutschen Teilkulturen zu initiieren. War Stalin wirklich der Hauptverantwortliche für die Spaltung der deutschen Nation? Oder hießen die Hauptverantwortlichen nicht Walter Ulbricht und Konrad Adenauer? Beide nahmen bei der Durchsetzung ihrer politischen Ziele die Teilung Deutschlands in Kauf. Die Streiter für ein Gesamtdeutschland wie Jakob Kaiser, Kurt Schumacher, Gustav W. Heinemann, Thomas Dehler oder Paul Sethe wurden u. E. von Konrad Adenauer und Walter Ulbricht an den Rand der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte gedrängt.

Ende 1948 wurde Tjul'panows Fahrer von der stalinistischen Geheimpolizei verhaftet, weil er angeblich Verrat beabsichtigt und antisowjetische Agitation betrieben habe. Außerdem habe dessen Vater bereits durch seine Flucht im Jahre 1928 in den Iran Landesverrat begangen. Im Lande Stalins waren dies seinerzeit äußerst gefährliche Verdächtigungen. Wohl nicht zuletzt deshalb war Tjul'panow - so Professor Wettig - als „Leitender SMAD-Funktionär“ nicht mehr länger tragbar gewesen. Er wurde jedoch nicht - wie damals durchaus üblich - ins Gulag-Lager geschickt, sondern als Rektor an die Leningrader Militärakademie abkommandiert, wo er laut Jan Feutzik „zwar weniger wichtige, aber doch nicht unbedeutende Aufgaben“ erhielt. Darüber hinaus wurde Tjul'panow die noch in Deutschland erfolgte Rangerhöhung zum Generalmajor nicht aberkannt. Kurzum: Er durfte also in Leningrad sein Gnadensbrot als Veteran der Roten Armee in aller Ruhe verzehren. Manchmal besuchten ihn dort noch alte SED-Freunde. Man wußte schließlich in Ost-Berlin sehr genau, was die Ulbricht-SED dem russischen Oberst verdankte. **Tilman Fichter, Siegwald Lönnendonker** □

1. Weltkrieg:

„Das Gebot der Stunde“

Sozialdemokratische Opposition gegen den Krieg 1915

Seit dem offenen „Nein“ Karl Liebknechts zur Bewilligung der zweiten Kriegskredite am 2. Dezember 1914 erhielt die kriegskritische Opposition gegen die „Burgfriedenspolitik“ der Mehrheit des Parteivorstands und der Reichstagsfraktion neuen Auftrieb. Am 20. März 1915 fanden Arthur Stadthagen und Georg Ledebour im Reichstag deutliche Worte gegen Pressezensur, Belagerungszustand und gegen die Anwendung von Zwangsmaßnahmen im Innern wie auch gegen Racheakte an der Ostfront.

Diese klare Positionierung stieß auf Widerspruch selbst in den eigenen Fraktionsreihen, namentlich bei Wolfgang Heine und Friedrich Ebert, vor allem aber bei Eduard David: „Stadthagen hält eine taktlose eineinhalbstündige Rede... Dann kommt Ledebour und übertrumpft ihn noch... Ebert ruft Ledebour zu: Sie sagen das nicht im Auftrag der Partei“ (David, Kriegstagebücher, S. 113f). In der Abstimmung über die 3. Kriegskredite am 20. Mai 1915 stimmte diesmal neben Karl Liebknecht auch Otto Rühle (Pirna) mit „Nein“. Den Sitzungssaal vor der Abstimmung verlassen hatten nun 30 Fraktionsmitglieder, darunter Eduard Bernstein, Otto Büchner, Wilhelm Dittmann, Fritz Geyer, Hugo Haase, Georg Ledebour, Arthur Stadthagen und Fritz Zubeil, wie sich Eugen Prager (Prager, Das Gebot der Stunde. Geschichte der USPD, S. 56f) erinnerte.

Weiteren Aufschwung erhielt die Opposition durch die sozialistische Frauenkonferenz von Mitte Mai 1915 in Bern, aber auch durch das Erscheinen der ersten Nummer der „Internationale“ im April 1915, für die neben Rosa Luxemburg auch Klara Zetkin, Heinrich Ströbel und Franz Mehring Beiträge lieferten. Insgesamt fielen diese Aktivitäten und Richtungskonflikte in eine Phase der abflauenden Kriegsbegeisterung, war der erhoffte schnelle Sieg bis Weihnachten 1914 doch ausgeblieben.

Da aber die Mehrheit an der Politik des „Burgfriedens“ festhielt und beim Kriegseintritt Italiens am 23. Mai 1915 auf Seiten der Entente an die geschlossene Haltung der Fraktion am 4. August 1914, als die ersten Kriegskredite befürwortet wurden, appellierte, begann die Opposition sich stärker zu sammeln. Der erste Ausdruck gemeinsamen Agierens - auch mit Karl Liebknecht - war das vom 9. Juni 1915 datierte sog. „Unterschriftenflugblatt“, das vornehmlich von Heinrich Ströbel, Georg Ledebour, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Hermann Duncker verfasst worden



Hugo Haase, Mitautor des Manifests „Gebot der Stunde“.
Foto: AdsD der FES

war. In ihm heißt es: „Die Ereignisse der letzten Wochen zwingen uns zu diesem Schreiben. Mit dem 4. August 1914 hat die parlamentarische und außerparlamentarische Leitung der deutschen Sozialdemokratie eine Politik begonnen, die nicht nur das Versagen der Partei in einem unvergleichlichen geschichtlichen Augenblick, sondern eine immer schroffere Abkehr von den bisherigen Grundsätzen bedeutet.“ Am Schluss des umfangreichen Aufrufes, der schnell Hunderte von Unterschriften von Personen erhielt, die „führende Stellungen in der Arbeiterbewegung inne hatten“, liest man unmissverständlich, „daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt tun, den Burgfrieden aufsagen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Politik auf die abschüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen“ (Prager, S. 64ff).

Am 19. Juni 1915 endlich erschien das Manifest „Das Gebot der Stunde“ aus der Feder von Karl Kautsky, Hugo Haase und Eduard Bernstein in der „Leipziger Volkszeitung“. Philipp Scheidemann reagierte äußerst verschnupft: „Konnten wir eigentlich noch weiter auseinander kommen? Meine Artikel gipfelten immer in dem Hinweis auf die verzweifelte Lage unseres Vaterlandes und des deutschen Volkes, Haases „Gebot der Stunde“ verlangte neue politische Wege, vor allem Ablehnung der Kriegskredite“ (Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, Band 1, S. 270). Auch Carl Severing, der spätere Innenminister Preußens, lehnte die Initiative Haases, Kautskys und Bernsteins rundweg ab und sah für die SPD „nur die eine Verpflichtung, fest zu bleiben in der Abwehr der Angriffe auf deutsches Gebiet und deutsche Unabhängigkeit“ (Severing, Mein Lebensweg, Band 1, S. 209).

Doch was stand in diesem Oppositionsmanifest konkret? „Das Gebot der Stunde“ kritisierte zu Beginn heftig die immer deutlicher zu Tage getretene Annexionspolitik der konservativen Kräfte des Reichstags, aber auch der Nationalliberalen sowie der Interessenverbände der Industrie und der Landwirtschaft, denen die Reichsregierung keinesfalls widersprochen habe. Und so forderte der Aufruf die Abkehr vom „Burgfrieden“: „Was verschiedene unter uns befürchtet haben, zeichnet sich immer bemerkenswerter ab: Man erlaubt der deutschen Sozialdemokratie, die Kriegsmittel zu bewilligen, man geht aber kühl über sie hinweg bei den für die Zukunft unseres Volkes folgenschweren Beschlüssen“ (Prager, S. 69). Diese Passage wandte sich somit klar gegen die Erwartung der Anhänger der Linie Eberts und Scheidemanns, als Gegenleistung für den „Burgfrieden“ werde die SPD die endgültige Integration der Arbeiterklasse in den wilhelminischen Staat erhalten. Weiter mahnte der Aufruf die aktive Rolle der internationalen Sozialdemokratie als der Partei des Friedens und der Arbeiterklasse an: „Nachdem die Eroberungspläne vor aller Welt offenkundig sind, hat die Sozialdemokratie die volle Freiheit, ihren gegensätzlichen Standpunkt in nachdrücklichster Weise geltend zu machen, und die gegebene Situation macht aus der Freiheit eine Pflicht... Die gegenwärtige Gestaltung der Dinge ruft die deutsche Sozialdemokratie auf, einen entscheidenden Schritt zu diesem Ziele zu tun. Sie ist heute vor die Wahl gestellt, diesem Gebote Folge zu leisten oder dem Vertrauen einen tödlichen Stoß zu versetzen, das sie bisher im deutschen Volke und in der gesamten Welt als Verfechterin des Völkerfriedens genoß“ (Prager, S. 70). Für den Publizisten und späteren USPD-ler Eugen Prager war damit „endlich für Millionen Proletarier das erlösende Wort gesprochen worden“ (Ebd., S. 72).

In der Tat hatte die Opposition sich endgültig zum offenen Agieren entschließen müssen, da es sonst keine organisierte Stimme für einen baldigen Verständigungsfrieden gegeben hätte, die mit der zunehmenden Antikriegsstimmung in der Arbeiterschaft in Verbindung gestanden hätte. Für Philipp Scheidemann aber befand sich jetzt der Co-Partei- und Fraktionsvorsitzende Hugo Haase im Visier. „Haase sah die Dinge anders als wir, aber er sah nicht ein, daß sein Verhalten als Parteivorsitzender unerträglich geworden war“ (Scheidemann, S. 270). Die auf „Das Gebot der Stunde“ folgende scharfe Ablehnungserklärung der Mehrheit im Parteivorstand machte denn auch deutlich, dass in der SPD der Kampf um einen Verständigungsfrieden statt der „Burgfriedenspolitik“ unausweichlich werden würde.

Holger Czitrich-Stahl □

Erinnerung an den 8. Mai

Hans-Rainer Sandvoß bei der Freireligiösen Gemeinde

Am 8. Mai 1945 wurde durch die bedingungslose Kapitulation der Zweite Weltkrieg und damit auch das NS-Regime beendet. Die Freireligiöse Gemeinde lädt aus diesem Anlass am 30. April zum Gespräch mit dem Historiker Rainer Sandvoß.

Der 8. Mai 2015 ist ein Tag der Erinnerung an diese Epochenäsur. Seit 70 Jahren dokumentieren, analysieren, beschreiben und interpretieren Historiker die Hintergründe, Zwänge und Verkettungen der Zeitgeschichte, damit ein umfassendes historisches Verständnis innerhalb der Gesellschaft ermöglicht wird. Die politischen Wertungen schwanken und unterliegen



Die beiden Veröffentlichungen von Hans-Rainer Sandvoß zum Widerstand in Berlin.

Veränderungen, wenn etwa der 8. Mai 1945 heute als ein Tag der Befreiung begangen wird.

Dr. Hans-Rainer Sandvoß, von 1977 bis 2014 Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Herausgeber der „Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 - 1945“, hat sich in zwei grundlegenden Studien mit dem Widerstand in Berlin befasst, mit dem aus der Arbeiterbewegung ebenso wie mit dem kirchlichen. Im zeithistorischen Gespräch wird er auf den Beginn 1933 eingehen und sich mit der Frage befassen: Wurde die deutsche Hauptstadt letztlich zu Hitlers Berlin?

Anke Reuther □

➡ Der 8. Mai 1945, der Tag der Befreiung, 70 Jahre danach. Ein zeithistorisches Gespräch mit Dr. Hans-Rainer Sandvoß, am Donnerstag, dem 30. April 2015, um 18:00 Uhr in der Freireligiösen Gemeinde Berlin, Pappelallee 9, 10437 Berlin (Prenzlauer Berg).

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion
enthalten**

T ERMINE

- 27.04.2015, 17:30 - 18:30, **Sven Heinemann, MDA - Friedrichshain, Bürgersprechstunde**, SPD Wahlkreisbüro, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin
- 27.04.2015, 17:30 - 18:30, **Frédéric Verrycken, MDA Charlottenburg-Nord, Sprechstunde**, Kiezbüro von Frédéric Verrycken, Taugoggener Straße 45, 10589 Berlin
- 27.04.2015, 18:00, Schwusos (Queersoziis), **5. Saisonteam-Treffen**, SPD Kreisbüro Neukölln, Sonnenallee 124, 12045 Berlin
- 28.04.2015, 07:30 - 09:00, Björn Eggert, MDA - Kreuzberg, **#Dienstagsfrühverteilung**, U-Bhf. Gneisenaustraße, 10961 Berlin
- 28.04.2015, 17:30 - 18:30, **Ralf Wieland, MDA Wedding, Sprechstunde**, Bürgerbüro Gesundbrunnen, Bellermannstr. 19 a, 13357 Berlin
- 28.04.2015, 12:30 - 14:00, **Bruni Wildenhein-Lauterbach, MDA - Wedding, Telefonische Sprechstunde**, Tel. 030/2325-2297,
- 28.04.2015, 13:30 - 16:00, Dilek Kolat, MDA - Schöneberg, Kiezverstecke: **Führung durch die Ausstellung „The next Generation“** des Jugendmuseums Schöneberg, Treffpunkt: Wahlkreisbüro von Dilek Kolat, MDA, Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin. Anmeldung erforderlich unter Tel.: 91 50 27 00, Email anmeldung@dilek-kolat.com
- 28.04.2015, 19:00, Frédéric Verrycken, MDA Charlottenburg-Nord, **Sicherheitsprävention und Entwicklung der Kriminalität in Charlottenburg-Nord**, AWO-Treff, Reichweindamm 6, 13627 Berlin
- 28.04.2015, 19:30, FA X Umwelt und Daniel Buchholz, **Stadtgrün**, Berliner Abgeordnetenhaus, Raum 388, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin
- 29.04.2015, 16:00, AG 60 plus Charlottenburg-Wilmersdorf, **Flüchtlingshilfe**, mit Swen Schulz. (MdB), Rathaus Charlottenburg, Lily-Braun-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
- 29.04.2015, 18:00, Torsten Schneider, MDA | Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung, **Berlin (welt-)offene Stadt-Arbeitssitzung** für Mitglieder und Interessierte zu Kernthesen des Landeswahlprogramms 2016 Abgeordnetenhaus von Berlin,

- Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 29.04.2015, 15:00 - 17:00, **Dr. Ina Czyborra, MDA - Zehlendorf, Sprechstunde**, Wahlkreisbüro von Ina Czyborra, Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin
- 29.04.2015, 17:00, **Gregor Költzsch, MDA Lichtenberg Karlshorst, Rummelsburger Bucht, Eröffnung des Bürgerbüros** in Karlshorst, Bürgerbüro Gregor Költzsch, MDA, Dönhoffstraße 36a, 10318 Berlin
- 29.04.2015, 16:30-18.15 Uhr, AG Selbst Aktiv, **Der lange Weg zur Inklusion in Berlin - die Rolle der Abgeordnetenhaus-Fraktion**. Diskussion mit Raed Saleh, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, AWO Landesvorstand, Blücherstr. 62, 10961 Berlin (wichtig für SFD: Eingang ab 17.00 Uhr über die Hofseite/Rückseite des Gebäudes - über die Brachvogelstraße)
- 04.05.2015, 15:00, AG 60 plus Mitte, **Flüchtlinge und Asylbewerber in unserer Nachbarschaft**, mit Manfred Nowak von der AWO, Seniorenwohnanlage, Holländer Straße 54 A, 13407 Berlin
- 04.05.2015, 17:30, **Dr. Susanne Kitschun, MDA Friedrichshain, Sprechstunde**, Wahlkreisbüro von Susanne Kitschun, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin
- 05.05.2015, 17:00 - 18:00, Frédéric Verrycken, MDA Charlottenburg-Nord, **kostenfreie Rechtshinweise**, Kiezbüro von Frédéric Verrycken, Taugoggener Straße 45, 10589 Berlin. Die Beratung findet jeden 1. Dienstag im Monat statt.
- 06.05.2015, 18:00 - 19:00, Dr. Clara West, MDA, **Beratung zu Sozialrechtsfragen**, Bürgerbüro von Clara West, Naugarder Straße 43, 10409 Berlin
- 06.05.2015, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MDA - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro von Karin Halsch, MDA, Am Berl 13, 13051 Berlin
- 06.05.2015, 19:00, SPD Mitte + AfB, **Privatschulen – Segen oder Fluch für unseren Kiez?** Relais de Savanne, Prinzenallee 33, 13359 Berlin
- 07.05.2015, 10:00 - 12:00, SPD Neukölln - Abt. Rixdorf, **Frühstück und Informationen für Arbeitslose**, Kiosk am Reuterplatz, Reuter-Ecke Weserstraße, 12047 Berlin
- 07.05.2015, 17:00 - 18:00, **Frank Jahnke, MDA - Charlottenburg, Bürgersprechstunde**, Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin
- 08.05.2015, 16:30 - 18:00, **Thomas Isenberg, MDA - Moabit, Hansaviertel, Tiergarten-Süd, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro Arminiusmarkthalle Moabit, Arminiusstraße 2-4, 10551 Berlin. Anmeldung per Mail bitte an Thomas Isenberg. mail@thomas-isenberg.de
- 08.05.2015, 14:00 - 17:00, AG 60 plus Berlin, **Gedenken an 70 Jahre Kriegsende und Befreiung vom Nazi-Terror** - Aktionstag der AG 60 plus, Karl-Marx-Straße Ecke Ganghoferstraße, Alfred-Scholz-Platz, 12043 Berlin
- 09.05.2015, 10:00, Frédéric Verrycken, MDA Charlottenburg-Nord, **Stand und mobile Bürgersprechstunde zum Europatag**, vor Rei-

- chelt Edeka, Heckerdamm 225, 13627 Berlin
- 09.05.2015, 11:00 - 12:00, Dr. Clara West, MDA, **Beratung zum Mietrecht**, Bürgerbüro von Clara West, Naugarder Straße 43, 10409 Berlin
- 09.05.2015, 16:00, Frank Jahnke, MDA - Charlottenburg, **Vernissage - Aus den Trümmern heraus - Leben im Berlin der Nachkriegszeit** - Fotos von Fritz & Klaus Eschen, Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin. Die Ausstellung ist bis zum 12. Juni von montags bis donnerstags von 12.00 bis 17.00 Uhr und freitags von 10.00 bis 16.00 Uhr zu sehen.
- Alle Termine: www.spd.berlin/termine

Feste rund um den 1. Mai

Tanz in den Mai. Am 30. April feiert die SPD Mitte in und um die Galerie „Haus am Lützowplatz“ in den 1.Mai. Der Eintritt ist frei. Das „Haus am Lützowplatz“ und sein Trägerverein haben eine lange sozialdemokratische und gewerkschaftliche Tradition. Ab 20 Uhr findet ein Empfang in der aktuellen Ausstellung „Black Bandits“ statt, von 21 Uhr bis zum Morgengrauen kann in der Bar „Trompete“ getanzt werden. Ein Feuerwehrgewagen vor dem Haus steht für das Catering bereit.

Zum Rock in den Mai lädt die SPD Pankow am Donnerstag, 30. April ab 19 Uhr im „Diseño“, Berliner Straße 53, 13189 Berlin

Die SPD Steglitz-Zehlendorf lädt ab 19 Uhr zum Tanz in den Mai mit Poisson Ivy im Friedenszentrum, Pacelliallee 61, 14195 Berlin.

Mai-Demonstration. Ab 9 Uhr bietet die SPD am 1. Mai am Treffpunkt Spandauer Straße Ecke Anna-Louisa-Karsch-Straße (Hackescher Markt) an einem Stand Kaffee an. Die Demonstration startet um 10 Uhr zur Straße des 17. Juni. Auf dem dortigen Mai-Fest des DGB ist die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) mit einem Stand vertreten.

Maifeste. Die SPD Treptow-Köpenick lädt von 12 - 17 Uhr zum Fest mit Musik, Spielen und Politalk vor der Volkshochschule in der Baumschulenstr. 79-81 in 12437 Berlin.

Die SPD Marzahn-Hellersdorf feiert von 15 - 18 Uhr in der Villa Pelikan (Hellersdorfer Str. 27, 12621 Bln).

Die Pankower SPD lädt von 13 - 18 Uhr zur traditionellen Maifeier im Bürgerpark an der Leonard-Frank-Straße ein. Das Maifest der SPD Karow-Buch findet von 13 - 18 Uhr im Schlosspark Buch statt, im Park am Arnswalder Platz in Prenzlauer Berg gibt es von 13 - 18 Uhr ein SPD-Kinderfest.

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

„Verantwortung übernommen“

Sozialdemokratie verliert einen kritischen Wegbegleiter

Ohne seine mahnende Stimme für mehr Toleranz, seinen Willen zur Einmischung und seine regelmäßigen politischen Interventionen sei das Land ärmer, sagte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel zum Tod von Günter Grass. Der Literatur-Nobelpreisträger war am 13. April im Alter von 87 Jahren verstorben.

Der Schriftsteller, Bildhauer und Grafiker hatte von 1953 bis 1956 an der Hochschule für Bildende Künste in Berlin studiert, von 1960 bis 1972 lebte er in der Friedenauer Niedstraße. „Günter Grass mochte Berlin, und er kannte Berlin. Oft und gern hat er bis zuletzt unsere Stadt besucht“, so Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller.

Die SPD verdanke Günter Grass viel, betonte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. „Der Literaturnobelpreisträger war jahrzehntelang, seit seiner legendären Freundschaft mit Willy Brandt, ein Ratgeber und Wahlkämpfer der Sozialdemokratie. Seit den 1960er Jahren hat sich Günter Grass in zahllosen Bundes- und Landeshauptwahlen engagiert, Menschen bewegt und das bisweilen scharfe Wort geführt.“ Mit dem „Wahlkontor Deutscher Schriftsteller“ wurde Günter Grass zum „Spiritus Rector“ der Verbindung zwischen SPD und Intellektuellen, die das geistige Klima in Deutschland nachhaltig prägte und beitrug zu den Wahlsiegen von 1969 und 1972. Viele Jahre war Grass auch Mitglied der SPD. „Letztlich sind es immer wieder auch Brandts Zielsetzungen und Prinzipien gewesen, für die sich Grass sein Leben lang mit ganzem Herzen und ganzer Kraft engagiert hat“, so Michael Müller. „Günter Grass ist der Prototyp des sich politisch und gesellschaftlich zu seiner Verantwortung bekennenden Künstlers.“

Im 1995 erschienenen Roman „Ein weites Feld“, im Titel angelehnt an Fontane, wählte Grass Berlin als Schauplatz, es ist eine poli-



Günter Grass 2005 im Wahlkampf. Foto: Horb

tische Geschichte um Teilung und Fall der Mauer.

Grass war vielseitig in seiner Kunst. Schon 1947/48 hatte er ein Praktikum als Steinmetz gemacht, er war als Bildhauer tätig, malte und illustrierte seine literarischen Arbeiten. „Sein literarisches Schaffen hat Weltrang“, sagte Sigmar Gabriel. „Damit hat er unser Land verändert, im besten Sinne aufgeklärt. Seine oft streitbaren Einwürfe und Interventionen in verschiedenen Initiativen haben die politische Kultur in Deutschland bunter und reicher gemacht und das Verhältnis von Politik und Kultur gewandelt.“

Noch Ende Februar veranstaltete er mit jüngeren Autorinnen und Autoren in Lübeck das jährliche Literaturtreffen politischer Gegenwartsautoren. Günter Grass konnte als „public intellectual“ auf ein literarisch und politisch einzigartiges Leben zurückblicken - bis zuletzt war er künstlerisch tätig und brachte sich als politischer Bürger ein in die großen gesellschaftlichen Debatten. Grass' langes Leben sei ein Spiegel deutscher Geschichte, so Michael Müller: „Er hat Stellung genommen, Position bezogen, und das Geschehen künstlerisch in der ihm eigenen intensiven Weise verarbeitet und gestaltet.“ **BS** □

Führung:

Neukölln von ganz oben

Seit 2008 bietet der gebürtige Schwabe Reinhold Steinle Führungen ausschließlich durch den Bezirk Neukölln an. Dabei ist er im Schillerkiez und Rollbergviertel unterwegs, am Richardplatz, im Reuterkiez und „Kreuzkölln“ oder in Britz.

Seit April arbeitet er einen Tag im Neuköllner Info Center im Rathaus. Dort bietet er jeden Mittwoch eine Führung auf den Rathaustrum an, bei der es zudem auch Informationen rund um das Rathaus gibt, etwa zum Architekten Reinhold Kiehl, zu den Bürgermeistern von Rixdorf und



Neukölln, auch zum ersten sozialdemokratischen Bezirksbürgermeister Alfred Scholz (von 1919 - 1933). **PM** □

➡ Jeden Mittwoch, Start: 11 Uhr, Dauer: 1 Stunde, Preis: 5 Euro. Die Teilnehmerzahl ist auf 10 Personen begrenzt, deshalb ist eine vorherige verbindliche Anmeldung telefonisch unter 90239 - 3530 notwendig.

„Kunst für alle“

Noch bis zum 7. Juni ist in der Akademie der Künste am Hanseatenweg die Ausstellung „Kunst für alle“ zu sehen. Was der Künstler, Verleger, Zeitzeuge, Sammler Klaus Staack hier erstmals umfassend ausstellt, entwirft ein Panorama der Kunst seit den 60er Jahren und der gesellschaftspolitischen Geschichte der Bundesrepublik. **PM** □

➡ Di - So 11 - 19 Uhr, Eintritt € 6/4, dienstags 15 - 19 Uhr und bis 18 Jahre Eintritt frei